

BERICHT VON KUBA

Zur Resolution 79/7 der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel: „Notwendigkeit der Aufhebung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Blockade“.

Mai 2025

Inhaltsverzeichnis

Die Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba in Zahlen.....	3
Einleitung	4
Fortsetzung und Verschärfung der Blockadepolitik	6
Aktuelles zu den Blockadegesetzen	6
Auswirkungen der Aufnahme Kubas in die vom US-Außenministerium einseitig erstellte Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen	8
Die Blockade verletzt die Rechte des kubanischen Volkes	9
Schäden für die Sektoren mit der größten sozialen Bedeutung	9
Schäden für die wirtschaftliche Entwicklung, den Handel und die Finanzen 20	
Schäden für nichtstaatliche Formen der Verwaltung der kubanischen Wirtschaft30 Die Blockade verstößt gegen das Völkerrecht. Extraterritoriale Anwendung	32
Allgemeine Ablehnung der Blockade	33
Schlussfolgerungen.....	34
Anhang 1: US-Gesetze und Vorschriften zur Blockade	36
Anhang 2: Von der US-Regierung beschlossene Blockademaßnahmen (März 2024– Februar 2025).....	37
Anhang 3: Befugnisse des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Änderung der Anwendung der Blockade	39
Anhang 4: Einige Fälle der extraterritorialen Anwendung der Blockade (März 2024– Februar 2025).....	40
Anhang 5: Kündigungen der Blockade (März 2024–Mai 2025).....	41

Die Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba in Zahlen

4 Monate Blockade entsprechen den Kosten für die Finanzierung der für den öffentlichen Nahverkehr des Landes erforderlichen Busse (2,850 Milliarden Dollar).

Zwei Monate Blockade entsprechen den Kosten für den Treibstoff, der zur Deckung des normalen Strombedarfs des Landes benötigt wird (1,6 Milliarden Dollar).

Zwei Monate Blockade entsprechen den Kosten für die Finanzierung des Warenkorbs (subventionierte Produkte) für die gesamte kubanische Bevölkerung für ein Jahr (etwa 1,6 Milliarden Dollar).

16 Tage Blockade entsprechen den Finanzmitteln, die erforderlich sind, um den Bedarf der kubanischen Pharmakopöe für ein Jahr zu decken (etwa 339 Millionen Dollar).

14 Tage Blockade entsprechen den Finanzmitteln, die erforderlich sind, um den Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Energiestruktur des Landes von 24 % auf 26 % zu erhöhen (etwa 300 Millionen Dollar).

12 Tage Blockade entsprechen den jährlichen Finanzierungskosten (ohne Treibstoff und Investitionen) für die Instandhaltung des nationalen Stromnetzes (ca. 250 Millionen Dollar).

6 Tage Blockade entsprechen den erforderlichen Finanzmitteln für den Import von medizinischem Einwegmaterial (Watte, Gaze, Spritzen, Nadeln, Nahtmaterial, Katheter, Infusionsgeräte u. a.) und Reagenzien, die das nationale Gesundheitssystem für ein Jahr benötigt (ca. 129 Millionen Dollar).

Zwei Tage Blockade entsprechen den Kosten für die Instandhaltung des öffentlichen Nahverkehrs des Landes für ein Jahr (40 Millionen Dollar).

38 Stunden Blockade entsprechen den Kosten für den Ersatz beschädigter und veralteter technischer Ressourcen in den Bildungseinrichtungen des Landes (18.133.050 Dollar).

14 Stunden Blockade entsprechen den Kosten für Insulin, das benötigt wird, um den Bedarf des Landes für ein Jahr zu decken (etwa 12 Millionen Dollar).

5 Stunden Blockade entsprechen den Kosten für den Kauf von Spielzeug und Lehrmitteln, die für Kindertagesstätten im ganzen Land benötigt werden (etwa 4,5 Millionen Dollar).

2 Stunden Blockade entsprechen den Kosten für den Kauf von Medikamenten zur Behandlung von psychiatrischen, neurologischen und kardiologischen Erkrankungen sowie von Nahrungsmitteln für Kinder mit genetischen Defiziten und endokrinologischen Stoffwechselerkrankungen (etwa 1,4 Millionen Dollar).

19 Minuten Blockade entsprechen den Anschaffungskosten für die elektrischen und klassischen Rollstühle, die für das Sonderpädagogiksystem des Landes benötigt werden (etwa 280.506 Dollar).

17 Minuten Blockade entsprechen den Kosten für den jährlichen Kauf von Nusinersen (oder Spinraza), einem Medikament zur Behandlung von spinaler Muskelatrophie bei Kindern (250.000 Dollar).

10 Minuten Blockade entsprechen den erforderlichen Finanzmitteln, um den Bedarf an Hörgeräten für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in der Sonderpädagogik zu decken (etwa 142.966,82 Dollar).

Einleitung

Das grundlegende Ziel der US-Regierung, die revolutionäre Regierung Kubas zu stürzen, hat sich nicht geändert. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade ist der Kern ihrer Politik des maximalen Drucks auf die Insel, die darauf abzielt, deren Wirtschaft zu ersticken, Mangel zu erzeugen und Unzufriedenheit zu schüren, um einen sozialen Aufstand und damit eine Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung auszulösen, die das kubanische Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts rechtmäßig geschaffen hat.

Nichts verdeutlicht die grundlegend kriminelle und völkerrechtswidrige Natur dieser Blockade besser als das interne Memorandum des stellvertretenden Unterstaatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten, Lester Mallory, vom 6. April 1960, in dem es heißt:

„... es müssen so schnell wie möglich alle Mittel eingesetzt werden, um das wirtschaftliche Leben Kubas zu untergraben ... ein Aktionsplan, der so geschickt und diskret wie möglich die größten Durchbrüche erzielen würde, indem er Kuba Geld und Lieferungen verweigert, um die nominalen und realen Löhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen.“

Die Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Schikane, die Präsident Donald Trump verfolgt, zielt darauf ab, seine politischen Kompromisse mit der antikubanischen extremen Rechten zu erfüllen, was bedeutet, dass er die mehrheitliche Unterstützung der US-amerikanischen Öffentlichkeit, der internationalen Gemeinschaft und der kubanischen Emigranten in den USA ignoriert, die für die Aufhebung der Blockade und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind.

Vertreter dieser Regierung haben zugegeben, dass sie daran arbeiten, diese Politik des maximalen Drucks zu perfektionieren, um sie in Bezug auf die Schäden für die Wirtschaft und die Bevölkerung Kubas noch wirksamer zu machen, und sie haben eingeräumt, dass sie kreativer vorgehen werden, wenn es darum geht, unsere externen Einnahmequellen zu identifizieren und zu unterbinden, mit dem erklärten Ziel, die kubanische Wirtschaft zum Zusammenbruch zu bringen.

Von März 2024 bis Februar 2025 setzte die US-Regierung die Gesetze und Praktiken, die die Blockade ausmachen, weiterhin rigoros durch. Ihre Maßnahmen zielten darauf ab, die wichtigsten Einnahmequellen der kubanischen Wirtschaft systematisch und gezielt zu identifizieren, aufzuspüren und zu beseitigen.

Sie verschärfte ihre strengsten Maßnahmen: Beibehaltung Kubas auf der einseitigen Liste der Länder, die Terrorismus unterstützen (*List of State Sponsors of Terrorism*); erneute Aufnahme in die Liste der Staaten, die bei der Terrorismusbekämpfung nicht uneingeschränkt mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten (*List of countries not fully cooperating with US on counterterrorism efforts*); Beibehaltung der Möglichkeit, gemäß Titel III des *Cuban Liberty and Democratic Solidarity (Libertad) Act von 1996* oder Helms-Burton-Gesetz¹ Klagen vor US-Gerichten zu erheben; Beibehaltung der Sanktionen oder Sanktionsdrohungen gegen Schifffahrts-, Transport-, Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die mit Lieferungen von Treibstoff nach Kuba zu tun haben; Beibehaltung der intensiven und sorgfältigen Überwachung der Finanztransaktionen Kubas, wodurch Lieferungen von

¹ *Cuban Liberty and Democratic Solidarity (Libertad) Act von 1996.*

Lebensnotwendigkeiten, die es benötigt; Beibehaltung Kubas auf anderen, ebenso einseitigen Listen.

Die US-Regierung hat ein Zwangskonzept entwickelt, das unter anderem die Verfolgung der von Kuba unterzeichneten internationalen medizinischen Kooperationsabkommen und eine Offensive gegen den Tourismus umfasst. Hinzu kommen permanente Desinformations- und Verfälschkampagnen auf digitalen Plattformen, die von den Vereinigten Staaten aus orchestriert und finanziert werden und darauf abzielen, ein verzerrtes Bild der kubanischen Realität zu vermitteln, wonach das Land kurz vor dem Zusammenbruch steht und die Bevölkerung gegen die Regierung opponiert.

Die US-Regierung und antikubanische Politiker in den USA behaupten zynisch, dass die Schwierigkeiten der kubanischen Wirtschaft auf das sozialistische System in Kuba und die Fehler der Regierung zurückzuführen seien, und versuchen damit, die schädlichen Auswirkungen der Blockade auf alle Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unseres Landes und die offensichtliche Verantwortung der US-Regierung in dieser Hinsicht zu verschleiern.

Sicherlich sind nicht alle Mängel und Schwierigkeiten, unter denen das kubanische Volk leidet, allein auf die Blockade und ihre kumulativen Auswirkungen zurückzuführen, aber es wäre eine Verfälschung der Wahrheit, sie nicht als das Haupthindernis für unsere Entwicklung anzuerkennen. Ohne die Blockade würden all diese Probleme schneller gelöst werden können.

Die Blockade gegen Kuba ist das umfassendste, komplexeste und längste System einseitiger Zwangsmaßnahmen, das jemals in der Geschichte der Menschheit gegen ein Land verhängt wurde. Das ist eine absolut unbestreitbare Tatsache.

Vom¹März 2024 bis zum 28. Februar 2025 hat die Blockade Kuba materielle Schäden und Verluste in Höhe von schätzungsweise **7 556 100 000 Dollar** verursacht, was einem Anstieg von **49 %** gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres entspricht.

Dieser Anstieg ist eine direkte Folge der Verschärfung der Politik der finanziellen Erstickung und Verfolgung Kubas durch gezielte Maßnahmen, die darauf abzielen, die Wirtschaft zu untergraben, strategische Sektoren für unsere Entwicklung zu treffen, unseren internationalen Handel zu behindern und die Lieferung von für die Bevölkerung lebenswichtigen Gütern zu verhindern.

Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf einen erhöhten Verlust bei den Exporten von Waren und Dienstleistungen in Höhe von **2 608 000 000 Dollar** und auf die geografische Neupositionierung unseres Handels in Höhe von **1 212 700 000 Dollar** zurückzuführen.

Diese schwerwiegenderen Auswirkungen sind auch auf einen weiteren Faktor zurückzuführen: die Politik der US-Regierung, die darauf abzielt, die Auswanderung kubanischer Fachkräfte und Techniker zu fördern und zu begünstigen, mit dem ausdrücklichen Ziel, eine Migrationskrise herbeizuführen, die ihre Feindseligkeit rechtfertigt, und unserem Land einen Teil seiner Arbeitskräfte, die überwiegend hoch qualifiziert sind, zu entziehen.

In dieser Hinsicht belaufen sich die Schäden und Nachteile für die kubanische Wirtschaft auf insgesamt **2 570 400 000 Dollar**, wobei zunächst die beträchtlichen Mittel zu berücksichtigen sind, die der Staat für die Ausbildung dieses Personals und die kostenlose öffentliche Bildung aufwendet, nämlich 23 % seines Haushalts im Jahr 2025.

Ebenso wirkt sich der Mangel an Fachkräften und Technikern direkt auf die Fähigkeit des Landes aus, ein normales Tempo bei der Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit aufrechtzuerhalten, sei es in der Produktion, im Dienstleistungssektor oder in anderen Bereichen, und beeinträchtigt auch die Innovationsfähigkeit, die technologische Entwicklung und den Generationswechsel in strategischen Sektoren.

Diese Zuwächse zeigen, dass die Blockade nicht nur real ist, sondern in den letzten Jahren in beispiellosem Ausmaß verschärft wurde. Die Blockade ist das größte Hindernis für die Entwicklung des Landes.

Die Blockade verursacht unserem Land Schäden in Höhe von etwa **629 675 000 Dollar pro Monat**, mehr als **20 701 644 Dollar pro Tag** und mehr als **862 568 Dollar pro Stunde**.

Zu aktuellen Preisen belaufen sich die Schäden, die während der mehr als sechzigjährigen Blockade entstanden sind, auf **170.677.200.000 Dollar**. Berücksichtigt man die Schwankungen des Dollars gegenüber dem Gold auf dem internationalen Markt, so beläuft sich dieser Betrag auf **2.103.897.000.000 Dollar**.

Ohne die Blockade hätte das BIP Kubas zu aktuellen Preisen im Jahr 2024 ein Wachstum von etwa 9,2 % verzeichnen können, was es der Regierung ermöglicht hätte, weitaus mehr Sozialprogramme auf den Weg zu bringen und Entwicklungsprojekte zu fördern. Diese Zahlen sprechen für sich.

Kein einziger Bereich des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Kubas bleibt von den Auswirkungen der Blockade verschont, einer kriminellen Politik, unter deren ständiger Schikane die Mehrheit der Bevölkerung geboren wurde und leben musste, wobei ihr Wohlergehen, ihre Lebensqualität und ihre Rechte direkt beeinträchtigt wurden.

Der vorliegende Bericht belegt das Ausmaß dieser schweren Ungerechtigkeit, auch wenn die gesamten Auswirkungen dieser kriminellen Politik niemals vollständig quantifiziert werden können.

Fortsetzung und Verschärfung der Blockadepolitik

Aktueller Stand der Blockadegesetze

Unter Missachtung der unmissverständlichen Haltung der internationalen Gemeinschaft und der Bestimmungen der Resolutionen, die jedes Jahr von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet werden, wendet die US-Regierung rigoros die Gesetze an, die das komplexe Geflecht der Blockade bilden und in Anhang 1 dieses Berichts aufgeführt sind.

Anhang 2 enthält Einzelheiten zu den wichtigsten Blockademaßnahmen, die die US-Regierung von März 2024 bis Februar 2025 in legislativer und regulatorischer Hinsicht ergriffen hat.

Der *Cuban Liberty and Democratic Solidarity (Libertad) Act von 1996* oder Helms-Burton-Gesetz hat die Bestimmungen der Blockade kodifiziert, um der Regierung die Möglichkeit zu nehmen, diese nicht nur aufzuheben, sondern sogar diese Politik der Erstickung zu lockern, indem es dieses Vorrecht dem Kongress überträgt. Dieses Gesetz, das sowohl gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten als auch gegen die Normen und Grundsätze des Völkerrechts verstößt, räumt dem Präsidenten jedoch weitreichende Befugnisse ein, um die Anwendung der Blockade durch Genehmigungen und Exekutivmaßnahmen zu ändern (siehe Anhang 3).

Nur sechs Tage vor Ablauf seiner Amtszeit, am 14. Januar 2025, machte Präsident Joe Biden von diesen Befugnissen Gebrauch, indem er Kuba von der Liste des Außenministeriums der Staaten, die Terrorismus unterstützen, strich, die Anwendung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes aussetzte, am 5.^e Präsidialmemorandum zur nationalen Sicherheit vom Juni 2017 und die Liste der kubanischen Einrichtungen, gegen die Beschränkungen verhängt wurden, aufgehoben. Diese späten Entscheidungen stellen eine begrenzte Korrektur bestimmter Aspekte einer grausamen und ungerechten Politik dar.

Präsident Donald Trump hat jedoch vom ersten Tag seiner Amtszeit an, dem 20. Januar 2025, mehrere dieser Maßnahmen aufgehoben, indem er die Durchführungsverordnung mit dem Titel *Initial Rescissions of Harmful Executive Orders and Actions (Erste Aufhebung schädlicher Exekutivverordnungen und Maßnahmen) unterzeichnete*, mit dem Kuba wieder auf die Liste der Staaten gesetzt wurde, die Terrorismus unterstützen. Dies beweist die starke Politisierung dieser einseitigen Listen, die nicht auf Beweisen beruhen, sondern Teil der zwielichtigen Machenschaften der US-Politik sind.

Die Trump-Regierung hat auch die Anwendung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes wieder in Kraft gesetzt. Dieser ermöglicht es, vor US-Gerichten Klagen gegen juristische oder natürliche Personen zu erheben, die Verbindungen zu verstaatlichten Vermögenswerten haben, um den wirtschaftlichen Druck zu internationalisieren und ausländische Investitionen in Kuba zu verhindern. Seit 1996 hatten alle US-Präsidenten die Anwendung dieses Titels aufgrund einer ihnen durch dieses Gesetz eingeräumten Befugnis ausgesetzt. Bis Ende März 2025 wurden insgesamt 45 Klagen vor Gerichten eingereicht, von denen 30 noch anhängig sind. Die wichtigsten Bereiche, die von diesem Gesetz des US-Kongresses betroffen sind, sind der Tourismus, die Freizeitbootindustrie, der Bergbau, das Bauwesen, die Lieferung und der Vertrieb von Kraftstoffen, die Luftfahrt und die Landwirtschaft.

Darüber hinaus hat die Trump-Regierung im Februar 2025 ihre bisherige Politik des maximalen Drucks fortgesetzt und Dutzende kubanischer Pässe abgelehnt sowie Visaanträge von kubanischen Staatsangehörigen abgelehnt, was sich direkt nachteilig auf den bilateralen Austausch in Bereichen ausgewirkt hat, die für das kubanische und das US-amerikanische Volk von Interesse und Nutzen waren, wie Kultur, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Sport, und damit eine natürliche Beziehung zwischen benachbarten Völkern politisiert.

Die Wiederaufnahme des 5-Präsidialmemorandums am 30. Juni 2024 bestätigt diese Politik des maximalen wirtschaftlichen Drucks der Trump-Regierung als kriminelles und illegales Instrument zur Erreichung hegemonialer Ziele und zur Förderung eines „Systemwechsels“ in Kuba. Das diesjährige Dekret bietet ebenso wie das ursprüngliche Dekret von 2017 eine Plattform zur Verstärkung der Aggression und der Wirtschaftsblockade, um die Mechanismen der wirtschaftlichen und politischen Zwangsmaßnahmen gegen Kuba und gegen Drittländer, die Beziehungen zu Kuba unterhalten, zu perfektionieren.

Die Erklärungen von Beamten der Trump-Regierung, darunter Außenminister Marco Rubio, und antikubanischer Gesetzgeber bestätigen, dass die Absicht besteht, alle unsere möglichen externen Einnahmequellen auszutrocknen, unseren Tourismus und die Reisen von Besuchern aus den USA und anderen Ländern zu beeinträchtigen, unsere internationale medizinische Zusammenarbeit zu sabotieren, Kraftstofflieferungen zu blockieren, die Überweisung von Familiengeldern zu behindern, ausländische Investoren einzuschüchtern

, unseren Handel zu behindern, unsere Wirtschafts- und Kooperationsbeziehungen mit Drittländern oder Länderblöcken zu torpedieren. Dieses Memorandum ergänzt den Katalog der Zwangsmaßnahmen, die bereits durch frühere Gesetze und Vorschriften gegen Kuba verhängt wurden.

Kein anderes Land der Welt ist mit einem derart langwierigen, anachronistischen, systematischen und extremen System aggressiver und zwanghafter Gesetze und Maßnahmen konfrontiert.

Auswirkungen der Aufnahme Kubas in die vom US-Außenministerium einseitig erstellte Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen

Die willkürliche und ungerechtfertigte Aufnahme Kubas in diese Liste verstärkt nicht nur die abschreckende und einschüchternde Wirkung auf Dritte in ihren Handelsbeziehungen mit uns, sondern hat auch das Länderrisiko erhöht, ernsthafte Schwierigkeiten für unsere Bank- und Finanzgeschäfte, unseren Außenhandel, unseren Zugang zu Finanzmitteln, unseren Kauf von Treibstoff und unseren Zugang zu Lieferanten von Gütern und Vorleistungen, die für unsere wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich sind, verursacht und ausländische Investitionen abgeschreckt.

Dutzende von Banken haben ihre Geschäfte mit Kuba eingestellt, darunter Überweisungen für den Kauf von Lebensmitteln, Medikamenten, Treibstoffen, Materialien, Ersatzteilen für das nationale Stromnetz und anderen wichtigen Gütern. Die kubanische Wirtschaft hat traditionelle Lieferanten verloren. Angesichts des Länderrisikos und der Unmöglichkeit, schnellere und offenere Logistikwege zu nutzen, musste das Land für den Kauf dieser Vorleistungen zusätzliche Kosten tragen.

Zahlreiche kubanische diplomatische Vertretungen sehen sich mit Schwierigkeiten konfrontiert, weil ausländische Banken ihnen keine Dienstleistungen anbieten, was ihre ordnungsgemäße Arbeit behindert. Diese Weigerung hat unser Land auch daran gehindert, seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber den internationalen und regionalen Organisationen, denen es angehört, nachzukommen, und hat dies in einigen Fällen sogar ganz verhindert.

Da Kuba auf der Liste der Staaten steht, die Terrorismus unterstützen, wird es von der Regierung mit einer weiteren Strafmaßnahme belegt: Wer die Insel besucht, kann anschließend nicht mehr von der Befreiung von der Einreisevisumpflicht für die USA im Rahmen des ESTA-Systems profitieren² (Gesetz von 2015 zur Verbesserung des Visa-Befreiungsprogramms und zur Verhinderung terroristischer Reisen) nicht mehr von der Visumbefreiung für die Einreise in die USA profitieren, obwohl der Reise- und Tourismussektor eine der wichtigsten Einnahmequellen der kubanischen Wirtschaft darstellt.

Darüber hinaus setzen sich antikubanische Kreise in der Regierung und im Kongress dafür ein, dass Kuba auf dieser Liste bleibt, was ihnen ermöglicht, uns als einen Staat darzustellen, der die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedroht, ihre Feindseligkeit zu rechtfertigen und die Rechtsgrundlage für Sanktionen gegen unser Land zu erweitern. Die derzeitige Regierung nutzt diesen Vorwand, um die offizielle bilaterale Zusammenarbeit, den Personenverkehr, Reisen von Kubanern in die USA und die wissenschaftliche Zusammenarbeit weiter einzuschränken.

² *Electronic System for Travel Authorization*. Es ist Teil des *Visa Waiver Program (VWP)*, das Staatsangehörigen der teilnehmenden Länder die Einreise in die USA als Touristen, Geschäftsreisende oder Transitreisende und einen Aufenthalt von maximal 90 Tagen ermöglicht.

Die Blockade verletzt die Rechte des kubanischen Volkes.

Die von verschiedenen US-Regierungen gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade stellt einen Völkermord und eine massive, flagrante und systematische Verletzung der Menschenrechte des gesamten kubanischen Volkes dar, die dessen Ausübung unmittelbar und unterschiedslos beeinträchtigt und die nationalen Bemühungen zu deren Schutz behindert. Ihr erklärtes Ziel, Elend, Hunger und Verzweiflung zu verursachen, bestätigt ihren kriminellen und unmenschlichen Charakter.

Die beispiellose Verschärfung in den letzten Jahren hatte besondere Auswirkungen auf das Gesundheitswesen. Die dadurch verursachte angespannte wirtschaftliche Lage, die Verfolgung unserer Finanzgeschäfte und das Verbot des Erwerbs von Technologien, Medikamenten und medizinischen Geräten in den Vereinigten Staaten beeinträchtigen die Fähigkeit unseres Gesundheitssystems, diese Güter rechtzeitig zu beschaffen und qualitativ hochwertige Dienstleistungen anzubieten, was zur Verschlechterung mehrerer Gesundheitsindikatoren, darunter auch der Sterblichkeitsrate, beigetragen hat.

Schäden für die Sektoren mit der größten sozialen Bedeutung

Die Blockade hat reale und dauerhafte Auswirkungen auf **den Gesundheitssektor** und beeinträchtigt die kostenlose, für alle zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, die das kubanische Volk genießt.

Die Kündigung von Verträgen, die Weigerung von Reedereien, Waren nach Kuba zu transportieren, die Unmöglichkeit, Produkte und Technologien zu verwenden, die mehr als 10 % US-amerikanische Komponenten enthalten, die Mehrkosten und die Verfolgung unserer Einnahmequellen haben den Einkauf wichtiger Vorleistungen erheblich behindert. Diese Situation verschlechtert nicht nur die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und schränkt grundlegende Dienstleistungen ein, sondern führt auch zu einer Erschöpfung des medizinischen Personals, der Einrichtungen und der Familien.

Von März 2024 bis Februar 2025 verursachte die Blockade Schäden im Gesundheitswesen in Höhe von **288.833.610 Dollar**.

Die kubanische Pharmakopöe umfasst 651 Medikamente (250 importierte und 401 im Inland hergestellte), von denen 69 % von der Blockade betroffen sind. Derzeit sind 364 davon nicht vorrätig, was 56 % der Gesamtzahl entspricht.

Die Blockade hindert Kuba daran, in den USA auf normale Weise Spitzentechnologien und Medikamente aus US-amerikanischer Produktion oder medizinische Geräte zu kaufen, deren Komponenten zu mehr als 10 % aus den USA stammen, sodass unser Land diese auf anderen Märkten zu weitaus höheren Preisen erwerben muss. Nachstehend finden Sie einige Beispiele für diese Situation:

- Perkutane Aortenklappen wie die Edwards-SAPIEN- oder CoreValve-Klappen für Herzerkrankungen, insbesondere bei älteren Menschen, ermöglichen es Patienten mit schwerer Klappenstenose, ohne sehr komplexe Operationen behandelt zu werden. Die Aortenstenose ist eine degenerative Erkrankung, die bei Erwachsenen über 65 Jahren auftritt, von denen etwa 30 % aufgrund von Begleiterkrankungen nicht operiert werden können. Wenn wir über diese Geräte verfügen würden, könnten wir 158 800 Patienten ohne komplexe Operationen behandeln.

- Da Herzschrittmacher der Firma Medtronic und Geräte zur Entfernung von Herzschrittmacher-Kabeln nicht verfügbar sind, müssen klassische Herz-Kreislauf-Operationen durchgeführt werden, die Komplikationen mit sich bringen. Im Berichtszeitraum konnten 375 Patienten keinen permanenten Herzschrittmacher erhalten.
- Herzschrittmacher (implantierbare automatische Defibrillatoren) sind nicht verfügbar, da die Unternehmen, die sie in Kuba verkauft haben, den Anteil der in den USA hergestellten Teile erhöht haben. Kubanische Patienten mit hypertropher Kardiomyopathie warten aufgrund der Beschränkungen der Blockade seit mehreren Monaten auf die Implantation eines automatischen Defibrillators.
- Nicht-fluoroskopische Navigationsgeräte aus US-amerikanischer Herstellung, die zur Behandlung von Vorhofflimmern und kompletten Herzrhythmusstörungen wie ventrikulärer Tachykardie eingesetzt werden, von denen etwa 45 000 Menschen in Kuba betroffen sind, die seit 2020 nicht operiert werden konnten und ausschließlich medikamentös behandelt werden. Das einzige im Land vorhandene Gerät ist aufgrund mangelnder Wartung außer Betrieb.
- Onkologische Medikamente wie Pemetrexed gegen Lungenkrebs, Palbociclib gegen Brustkrebs und Brentuximab Vedotin gegen refraktäres Hodgkin-Lymphom nach Transplantation sind in Kuba nicht erhältlich.
- Medikamente der ersten und zweiten Wahl zur Behandlung von Lungenkrebs, Darmkrebs und Sarkomen, wie Pembrolizumab vom Pharmaunternehmen Merck Sharp and Dohme und Nivolumab vom Pharmaunternehmen Bristol Myers Squibb, sind in Kuba nicht erhältlich, ebenso wie Medikamente zur Behandlung von Krebserkrankungen im Kindesalter, wie Lomustin zur Behandlung von Tumoren des Gehirns und des Rückenmarks.
- Die für Chromosomenuntersuchungen erforderlichen Reagenzien, mit denen die Risikogruppe eines Patienten mit Neuroblastom (einem aus Nervengewebe entstehenden Krebstumor) bestimmt und somit eine korrekte Diagnose und die beste Behandlung gefunden werden kann, sind aufgrund der Blockade in Kuba nicht erhältlich.
- Modernste Geräte wie die Ultraschallkarte von Philips sind in Kuba trotz ihrer Bedeutung für Herz-Kreislauf-Behandlungen, Geburtshilfe und Gynäkologie nicht erhältlich, ebenso wenig wie Geräte für Bronchoskopie, Argonplasma- und Kryotherapie zur Entfernung von Hautläsionen sowie endobronchiale Prothesen.
- Hochwirksame, biologische Spitzentherapien für Patienten mit Lupus und rheumatoider Arthritis sind in Kuba nicht verfügbar.
- Technologien und Diagnosemittel, die für therapeutische Entscheidungen bei Krebserkrankungen unverzichtbar sind, wie der Oncotype DX-Genomtest für Brustkrebs und der Oncotype DX-Genomtest für Darmkrebs der Firma Genomic Health, Inc.
- Konfokale Laser-Scanning-Mikroskopiegeräte zur Verbesserung der Diagnose von Hautkrebs und anderen Hauterkrankungen sind in Kuba nicht erhältlich.

- Endoskopische Chirurgiegeräte, Einwegmaterialien wie Silikon drainagesonden, Katheter, Prothesen für die Behandlung von erektiler Dysfunktion, künstliche Schließmuskeln für männliche Harninkontinenz, hochmoderne Medikamente zur Behandlung von Prostatakrebs wie Abirateron und Enzalutamid, die die Sterblichkeit senken und die Lebensqualität verbessern, sind in Kuba nicht erhältlich.
- Biologische Erstlinienbehandlungen zur Kontrolle von Morbus Crohn (chronische Magen-Darm-Erkrankung) und Colitis ulcerosa (entzündliche Darmerkrankung) sind in Kuba nicht erhältlich, sodass das Land auf weiter entfernte Märkte zurückgreifen muss, was mit zusätzlichen Kosten und logischen Auswirkungen auf die Behandlung der Patienten verbunden ist.
- Medizinisches Zubehör, das für die Untersuchung der Gallen- und Bauchspeicheldrüsendgänge, die Behandlung von portaler Hypertonie und Tumoren der Speiseröhre benötigt wird, ist in Kuba aus den USA nicht erhältlich, da es hauptsächlich von US-amerikanischen Unternehmen hergestellt wird.
- Geräte zur Unterstützung des Kreislaufs für Patienten mit hämodynamischer Instabilität sind in Kuba nicht erhältlich, da sie überwiegend in den USA hergestellt werden.
- Insulinpumpen für Typ-1-Diabetiker sowie die Technologie zur kontinuierlichen Glukoseüberwachung des US-Unternehmens Abbott sind in Kuba nicht erhältlich.
- Pädiatrische Herzunterstützungssysteme zur Behandlung des niedrigen Herzzeitvolumens (eine häufige Komplikation nach chirurgischen Eingriffen), das in 15 % der Fälle auftritt, von denen ein Teil unwiederbringlich ist, die aber dank dieser Geräte überleben könnten, sind in Kuba nicht erhältlich, da sie ausschließlich in den USA hergestellt werden.
- Geräte zur tiefen Hirnstimulation und neurovagen Stimulation, eine therapeutische Lösung für Bewegungsstörungen und Epilepsie, sind in Kuba nicht erhältlich, da sie im Wesentlichen von drei US-amerikanischen Unternehmen (Medtronic, Boston Scientific und Abbot) hergestellt und vertrieben werden.
- Medikamente gegen die Parkinson-Krankheit, darunter das wirksamste, Levodopa, sind in Kuba nicht erhältlich, ebenso wenig wie das US-amerikanische Präparat Sinemet oder andere wichtige Medikamente wie Ropinirol, Pramipexol und Rotigotin.
- Nusinersen, ein Medikament zur Behandlung der spinalen Muskelatrophie bei Kindern, dessen Wirksamkeit durch die Lebenserhaltung der Hälfte der von dieser tödlichen Krankheit betroffenen Kinder bewiesen ist, ist in Kuba nicht erhältlich, da es vom US-Unternehmen Biogen, Inc. hergestellt wird.
- Medikamente zur Behandlung von seniler Demenz wie Memantin, Donepezil, Rivastigmin oder Insulin zur Behandlung von Diabetes mellitus bei älteren Menschen sind in Kuba nicht erhältlich.
- Von US-amerikanischen Unternehmen hergestellte Gefäßprothesen sind in Kuba nicht erhältlich, was die Untersuchung und Behandlung peripherer Gefäßerkrankungen erheblich erschwert und die Amputationsrate erhöht.

Die häufigste Todesursache bei Kindern unter einem Jahr in Kuba im Jahr 2024 waren angeborene Fehlbildungen. Und die Blockade schränkt die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen für die pränatale und postnatale Diagnostik sowie für die intrauterine Behandlung erheblich ein

Unsere Schwierigkeiten beim Erwerb von Medikamenten für die pädiatrische Hämatologie und Onkologie, zum Beispiel Lomustin und Methotrexat, die bei Osteosarkomen eingesetzt werden, haben uns gezwungen, die Erstlinien-Behandlungsprotokolle zu ändern, die uns Überlebensraten von über 75 % garantierten, und auf weniger wirksame Zweit- und Drittlinien-Medikamente zurückzugreifen, wodurch die Überlebensrate auf 60 % gesunken ist.

Die chirurgische Tätigkeit ist aufgrund des Mangels an Ressourcen (Medikamente, Einwegmaterialien und medizinische Geräte) am stärksten betroffen. Die Warteliste für chirurgische Eingriffe umfasst derzeit 94 729 Personen, darunter 9 913 Kinder in den Bereichen Onkologie, Augenheilkunde, allgemeine Chirurgie, Orthopädie, Urologie und Gynäkologie, zu denen noch 4 507 onkologische Patienten hinzukommen.

Das kubanische Gesundheitssystem kann sich die US-amerikanischen Robotertechnologien für die Chirurgie nicht leisten. So weigert sich das Unternehmen Intuitive Surgical, das als einziges den Roboter *Da Vinci Xi Surgical System Model IS4000* herstellt, an Kuba zu verkaufen, ebenso wie das Unternehmen Baxter Healthcare, der führende Anbieter von Dialysegeräten in Lateinamerika, oder das Unternehmen Drake Whillock, was den nephrologischen Diensten schadet, wobei all diese und andere Unternehmen die Blockade als Vorwand für ihr Vorgehen nehmen.

Überholte Dialysegeräte, die nur ein Drittel oder ein Viertel des Neupreises kosten, sind in den USA leicht erhältlich, nicht jedoch in Kuba, das nur 18 Geräte in Europa erwerben konnte, obwohl es für denselben Preis 54 Geräte in den USA hätte kaufen und damit die Versorgung von 180 weiteren Patienten gewährleisten können.

Mehr als 340 Patienten konnten im analysierten Zeitraum aufgrund des Mangels an Einwegmaterial, Drainagen verschiedener Art, Brustklammer für die Myokardrevaskularisation und anderen wichtigen Medikamenten und Artikeln wie Kathetern, Diuretika, Antikoagulanzen und Blutdrucksenkern nicht operiert werden.

Operationen von Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben sich aufgrund des Mangels an Oxygenatoren erheblich verzögert, was sich erheblich auf die Sterblichkeit und die Bedingungen auswirkt, unter denen diese Patienten operiert werden müssen.

Der mangelnde Zugang zu Technologien, deren Komponenten zu 10 % aus den USA stammen, erschwert die Diagnose genetischer Erkrankungen in Kuba, insbesondere solcher, die die Entwicklung des Nervensystems beeinträchtigen. Kuba kann auch nicht die Technologien erwerben, die für die Massensequenzierung zur Diagnose, Behandlung und Prognose verschiedener Krebsarten, wie z. B. Brustkrebs, erforderlich sind, was sich auf die Sterblichkeit aufgrund dieser Krankheit auswirkt und die Wirksamkeit onkologischer Behandlungen einschränkt.

So wartet beispielsweise Osvaldo Enrique Fumero, der an einem Aortenaneurysma leidet, immer noch darauf, dass der zuständige Gesundheitsdienst die erforderliche Arterienprothese aus den USA erhält, was trotz aller Bemühungen in dieser Richtung bisher nicht möglich war, sodass sein Leben in Gefahr ist.

Im Juni 2024 musste ein Lieferant des kubanischen Unternehmens Medicuba aufgrund der Blockadebestimmungen beim *Office for Foreign Assets Control* (OFAC) eine Ausfuhrgenehmigung für Kobaltgeräte, Luftkompressoren und Ersatzteile für die Krebsbehandlung nach Kuba beantragen. Er wartet immer noch auf eine Antwort...

Diese Politik der Vereinigten Staaten verhindert die Einfuhr dieser unverzichtbaren Ressourcen in das Land, verzögert die rechtzeitige Durchführung von Krebsbehandlungen und verhindert, dass Patienten im fortgeschrittenen Stadium eine bessere Lebensqualität genießen können.

Die gegen Kuba verhängte Blockade wirkt sich auch auf die medizinisch assistierte Fortpflanzung aus und erschwert die Beschaffung von Einwegmaterialien, Medikamenten, Reagenzien und Embryonenkulturen, wodurch es unmöglich wird, die Anzahl der *In-vitro*-Fertilisationszyklen entsprechend den Bedürfnissen der Patienten durchzuführen. Dies ist unter anderem der Fall bei Lidia Rosalea de la Fuente Pérez und Mijaíl Chacón de Armas, einem kubanischen Paar, das seinen Traum von einem Kind nicht verwirklichen konnte, da trotz der Bemühungen unseres Gesundheitssystems die erforderlichen Verfahren verzögert werden, weil diese Mittel nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Die Entscheidung, die die Trump-Regierung am 2. April dieses Jahres den National Institutes of Health (NIH) der Vereinigten Staaten auferlegt hat, Kuba und fünf weiteren „besorgniserregenden Ländern“ den Zugang zu 21 biometrischen Datenbanken mit Informationen über genetische Variationen, Krebsfälle, neurodegenerative Erkrankungen und andere Themen zu verbieten, im Rahmen einer langfristigen Bemühung, Ausländern den Zugang zu als sensibel eingestuften Daten zu verwehren, blockiert auch Projekte, bei denen Datenbanken mit Mitarbeitern aus den oben genannten Ländern zum Einsatz kommen würden.

Die Blockade schadet nicht nur dem kubanischen Volk, sondern auch dem amerikanischen Volk. Die Unternehmensgruppe LABIOFAM S. A. exportiert weiterhin *Vidatox 30CH*, ein homöopathisches Produkt, das als ergänzende Therapie gegen Krebs eingesetzt wird, in verschiedene Länder der Welt und erfreut sich dort großer Beliebtheit. Die Vereinigten Staaten stehen an dritter Stelle bei der Krebsinzidenz (in absoluten Zahlen für beide Geschlechter)⁽³⁾ wobei die Kosten für jede Behandlung 100 000 Dollar pro Jahr übersteigen können. Ohne die Blockade könnten US-amerikanische Patienten von diesem Medikament profitieren und Kuba einen Umsatz von schätzungsweise 1,4 Millionen Dollar erzielen.

Ebenfalls aufgrund der Blockade ist das kubanische Produkt Heberprot-P, dessen Wirksamkeit bei der Behandlung von diabetischen Fußgeschwüren unbestritten ist und das die Notwendigkeit von Amputationen erheblich verringert, für US-amerikanische Patienten verboten. Schätzungen zufolge leiden jedes Jahr mehr als eine Million US-Amerikaner an Diabetes, von denen etwa die Hälfte komplexe Geschwüre entwickelt, die mit dem kubanischen Heberprot-P behandelt werden könnten.

US-amerikanische Unternehmen haben Interesse an Proctokinasa, einem kubanischen Medikament zur Behandlung von akuten Hämorrhoiden, bekundet. On

³ Ferlay J, Ervik M, Lam F, Laversanne M, Colombet M, Mery L, Piñeros M, Znaor A, Soerjomataram I, Bray F (2024). Global Cancer Observatory: Cancer Today (Version 1.1). Lyon, Frankreich: Internationale Agentur für Krebsforschung. Verfügbar unter: <https://gco.iarc.who.int/today>

schätzt, dass jedes Jahr 10 Millionen US-Amerikaner daran leiden, von denen 1,5 Millionen operiert werden müssen. Das kubanische Medikament würde ihnen invasive Eingriffe wie Thrombektomien ersparen.

Darüber hinaus verfolgt die US-Regierung auch die internationale medizinische Zusammenarbeit Kubas und beschuldigt sie willkürlich und ohne jegliche Grundlage des Menschenhandels. Diese Verleumdung zielt darauf ab, diese ehrenhafte und altruistische Arbeit zu diskreditieren und den Zugang zu legitimen Ressourcen zu blockieren, wenn diese Zusammenarbeit im Rahmen der „kompensierten technischen Hilfe“ erfolgt, gemäß den von den Vereinten Nationen gebilligten Mechanismen und in voller Übereinstimmung mit den internationalen Normen für die Süd-Süd-Zusammenarbeit erfolgt.

Die Trump-Regierung hat die Schikanen ihrer Beamten gegen kubanische medizinische Brigaden, Entwicklungshelfer und sogar Minister und Gesundheitsbehörden der Länder, in denen sie tätig sind, erheblich verschärft. Diese Verfolgung von medizinischen Kooperationsabkommen ist neben anderen Maßnahmen Ausdruck einer Zwangsmaßnahme, die darauf abzielt, den Zufluss von Einnahmen zu verhindern, die für die Deckung der wachsenden Bedürfnisse der kubanischen Bevölkerung unerlässlich sind. Der Schaden beläuft sich auf **3 249 838 Dollar**.

Die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Einkreisung durch die USA auf unseren Zugang zu Devisen, Betriebsmitteln, Rohstoffen, Düngemitteln, Maschinen, Treibstoffen, Chemikalien und Technologien haben ebenfalls zu einem erheblichen Rückgang der **nationalen Lebensmittelproduktion** geführt. Darüber hinaus hat die Unmöglichkeit, Verträge mit vielen Reedereien abzuschließen, die Ankunft bereits bezahlter Fracht in unserem Land verhindert.

All dies erklärt den Mangel an landwirtschaftlichen Geräten, die unzureichende Fütterung des Viehs, den Mangel an Ersatzteilen für Geräte und Industrie, wodurch das Agrarsystem nicht in der Lage ist, die Nachfrage sowohl auf dem Binnenmarkt als auch im Export zu befriedigen. Von März 2024 bis Februar 2025 beliefen sich die durch die US-Blockade gegen Kuba in diesem Sektor verursachten wirtschaftlichen Schäden und Verluste auf **51 981 900 Dollar**.

Nachstehend sind die wichtigsten Nachteile aufgeführt, die diesem Sektor im analysierten Zeitraum entstanden sind:

- Die Angebote des Großhandels waren unzureichend, und das Defizit an Produkten auf dem Einzelhandelsmarkt hielt an, wobei die Lieferungen von Grundnahrungsmitteln (Verkäufe zu subventionierten Preisen) von Instabilität und Fragmentierung geprägt waren. Im Jahr 2024 war es unmöglich, die Bevölkerung mit einer Reihe von Produkten in den vorgesehenen Mengen zu versorgen, wobei gegenüber 2023 ein deutlicher Rückgang bei Bohnen, Zucker, Kaffee, Öl, Milchpulver, Sojajoghurt, Fleischprodukten, Hühnerfleisch, Rindfleisch und Brennstoffe für den Hausgebrauch (Kohle und Erdgas) sowie Lebensmittel für medizinische Diäten, wobei chronisch kranken Kindern und schwangeren Frauen Vorrang eingeräumt wurde. Der Mangel an Finanzmitteln aufgrund des Angriffs auf die Einnahmequellen der kubanischen Wirtschaft und die verspätete Ankunft importierter Rohstoffe hatten einen starken Einfluss auf diese Situation.

- Das Defizit an konvertiblen Devisen, der Rückgang der Exporte und die gnadenlose finanzielle Verfolgung aufgrund der Blockade haben die nationale Produktion von Rohstoffen wie landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Milch, Obst für Konserven, Rind- und Schweinefleisch sowie die Einfuhr von wichtigen Produkten wie Milchpulver und Weizen beeinträchtigt.
- Selbst wenn die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stehen, hat Kuba Schwierigkeiten, Reeder zu finden, die bereit sind, Weizen zu transportieren, sodass die Brotproduktion starken Schwankungen unterliegt.
- Kuba muss jeden Monat im Rahmen des Warenkorbs für Haushalte 1.800 Tonnen Milchpulver für die Ernährung von Kindern, medizinische Diäten und schwangere Frauen im Wert von 8,5 Millionen Dollar importieren. Obwohl es diesem Produkt für Kinder bis zu zwei Jahren als vorrangige Altersgruppe garantieren konnte, war dies für die Altersgruppe von zwei bis sechs Jahren in den Provinzen, die es erhalten, nicht möglich.
- Ebenfalls im Rahmen des „Warenkorbs für Haushalte“ war es fünf Monate lang unmöglich, den Verkauf von Öl zu garantieren, dessen Kauf das Land monatlich 4 Millionen Dollar kostet (etwa 1.829 Dollar pro Tonne).
- Da sich das Wurstwarenunternehmen Bravo S. A. nicht auf dem US-Markt eindecken konnte, entstanden ihm Mehrkosten in Höhe von 905 900 Dollar, mit denen es 1 500 Tonnen mehr Rohstoffe hätte kaufen und 2 800 Tonnen mehr Fertigprodukte hätte herstellen können.
- Das Nationale Zentrum für Tiergesundheit (CENASA) kann in den USA weder Rohstoffe, Vorleistungen und Material für die Herstellung von Impfstoffen, Medikamenten und anderen Veterinärprodukten kaufen noch kubanische Impfstoffe verkaufen, ebenso wenig wie es von US-amerikanischen Unternehmen in Drittländern kaufen kann.
- Es war unmöglich, rechtzeitig die für die Gesundheit des Geflügels vorgesehenen Medikamente zu kaufen, was zu Verlusten im Tierbestand führte, und Geflügelausrüstung zu importieren, mit der die Produktion in diesem Bereich gesteigert worden wäre.
- Aufgrund der Blockade fehlten die erforderlichen Finanzmittel, sodass das Land etwa 337 000 Tonnen Mais und 120 300 Tonnen Soja für die Herstellung von Geflügelfutter nicht kaufen konnte, wodurch die Eierproduktion für den „Warenkorb der Haushalte“ nicht erreicht wurde.
- Ohne die Blockade könnte Kuba die besten in den USA verfügbaren Geflügelzuchtgenetik kaufen und die Eierproduktion für den nationalen Markt und den Export steigern, wobei diese Strategie zudem durch den Mangel an Futtermitteln und den Mangel an moderner Technologie behindert wird.
- Im Jahr 2024 verzeichnete die Schweinefleischproduktion einen deutlichen Rückgang und erreichte nur noch 51 % des Niveaus von 2023. Die Unmöglichkeit, Futtermittel und die für die Biosicherheit in Schweinezuchtbetrieben erforderlichen Betriebsmittel zu importieren, führte zu einem Rückgang der Tierlieferungen an die Industrie, was zu einer Verknappung dieses Fleisches und zu einem Anstieg seiner Preise und der Preise für seine Derivate führte.

- Aufgrund der Blockade kann Kuba seinen Rum und seine Zigarren nicht in die USA verkaufen, was einen Verlust von 19.511.100 Dollar bedeutet, eine Summe, mit der Lebensmittel und Medikamente gekauft und die industrielle und soziale Infrastruktur verbessert werden könnten.

Die größten Einbußen beim **Wareneinkauf** resultieren aus Importplänen, die aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten, unzureichendem Zugang zu Krediten, steigenden Preisen für Produkte und Dienstleistungen, höheren Frachtkosten und Verzögerungen bei der Ankunft der Waren nicht realisiert werden konnten.

Es gibt sicherlich seltene Ausnahmen von der Blockade, und Kuba kauft tatsächlich Hühner und eine kleine Gruppe von Artikeln, aber das ist weit entfernt von einem normalen Handel. Angesichts der staatlichen Subventionen für den Agrarsektor in den Vereinigten Staaten sind die Preise für diese Produkte dort niedriger als im Rest der Welt, was erklärt, warum Kuba sich dafür entscheidet, sie dort zu beziehen. Aber selbst diese Ausnahmeregelungen unterliegen Standards, die nichts mit denen des internationalen Handels zu tun haben und die die gravierenden Einschränkungen belegen, die die US-Gesetze unserem Land auferlegen: Diese Verkäufe unterliegen strengen Auflagen im Rahmen spezifischer Lizenzen oder Genehmigungen des Handelsministeriums; Kuba muss im Voraus bar bezahlen, ohne Finanzierungs- oder Kreditmöglichkeiten, was im Widerspruch zur modernen Handelspraxis steht. Darüber hinaus dürfen die Waren nur auf US-amerikanischen Frachtschiffen transportiert werden, die dann leer zurückfahren müssen, was die Frachtkosten erheblich verteuert.

Diese Beschränkungen behindern den angeblichen Handel zwischen den USA und Kuba und beweisen ganz einfach die Existenz der Blockade. Tatsächlich besteht das einzige Ziel dieser Maßnahmen darin, jegliche Geschäfte mit Kuba zu verhindern oder zu erschweren, seine Fähigkeit zum freien Handel einzuschränken und seiner Wirtschaft zu schaden.

Von März 2024 bis Februar 2025 beliefen sich die durch die US-Blockade gegen Kuba verursachten wirtschaftlichen Schäden und Verluste im Agrarsektor auf **932 316 224 Dollar**.

Die von den USA verhängte Blockade hat tiefgreifende und vielfältige Auswirkungen auf die Produktion von Unterrichtsmaterialien und beeinträchtigt die Qualität und Entwicklung des **nationalen Bildungssystems** auf allen Ebenen erheblich. Während des analysierten Zeitraums zwangen Handelsbeschränkungen und Einschränkungen beim Zugang zu internationalen Krediten Kuba dazu, seine Einkäufe von Rohstoffen und anderen Ressourcen für die Herstellung von Lehrmitteln zu reduzieren. Die durch die Blockade verursachten Schäden im Bildungsbereich beliefen sich auf **89.771.200 Dollar**.

Lisandra Guerra Sosa, Master of Science, Fakultät für Arbeiter und Bauern, 30. Jahrestag der Schlacht von Guisa, in der Gemeinde Bayamo, erklärt, dass *wir* aufgrund der Blockade „nur über begrenzte Lehrmaterialien wie Lehrbücher, Hefte, Fachwörterbücher, Karten, Labore usw. verfügen, um den Sprachunterricht ordnungsgemäß durchführen zu können. Wir verfügen auch nicht über genügend Computer, Fernseher und Ersatzteile, um einen qualitativ hochwertigen Unterricht anzubieten. Die Kommunikationsplattform der Internetseite unseres Bereichs ist manchmal Gegenstand einer

gesperrt, sodass wir unsere Erfolge nicht bekannt machen können.“

Derartige Nachteile wiederholen sich im ganzen Land und betreffen auch den Kauf von Materialien, Ersatzteilen und Zubehör, die für die Herstellung von Bleistiften, Blättern, Heften, Zeicheninstrumenten, Temperafarben, Zeichen- und Malmodule, Papier, Hygieneartikel, Kugelschreiber und andere für den Bildungsbereich bestimmte Mittel in Höhe von 33 932 004 kubanischen Pesos, sodass im Jahr 2024 ein Mangel an Schulbüchern in Höhe von 2 147 300 Exemplaren entstand.

Yoelandi Argote Rodríguez, ein fünfzehnjähriger Teenager, dessen Cochlea-Implantat nicht mehr funktioniert, weil er aufgrund der Blockade nicht die erforderlichen Zubehörteile erhält, muss sich auf die Lippenlesekommunikation verlassen, was sein Lernen erschwert.

Darüber hinaus konnten 940 Schüler mit Gehörlosigkeit oder Schwerhörigkeit nicht angemessen behandelt werden, da nicht genügend Computer zur Verfügung standen, um die Spezialbehandlungen, Cochlea-Implantate, Geräte und die Ausstattung der Hörstimulationspraxis und Hörgeräte zu korrigieren und zu kompensieren, weil Kuba diese nicht in den USA kaufen kann Kuba diese auf weiter entfernten Märkten kaufen muss, wo sie teurer sind, was die Menge reduziert, die es für denselben Betrag kaufen kann.

Zusätzlich zu diesen Einschränkungen sind noch weitere Nachteile zu nennen:

- Von insgesamt 1.093 Kindertagesstätten sind 35 aufgrund von Bauschäden geschlossen und können mangels der erforderlichen Mittel kurzfristig nicht repariert werden.
- In den Kindergärten verfügen 67.035 Kinder nicht über genügend Spielzeug und Lehrmaterialien, was die Bildungsaktivitäten und die Entwicklung ihrer Fähigkeiten beeinträchtigt.
- Für die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen mit Sehbehinderungen werden insgesamt 63 Braille-Maschinen und 20 Braille-Drucker benötigt. Von letzteren stehen jedoch nur drei zur Verfügung. Aufgrund der knappen Ressourcen konnten 2024 die für diese Ausbildung unverzichtbaren Geräte nicht angeschafft werden.
- Kuba muss 538 elektrische und klassische Rollstühle sowie 1.107 Hörgeräte für Kinder mit motorischen und auditiven Behinderungen kaufen. Darüber hinaus sind 16 Audiometer in den Provinzen beschädigt, was die auditive Stimulation von mehr als 300 Schülern in Sonderpädagogik und 800 Schülern in Regelschulen verhindert. Der erforderliche Betrag beläuft sich auf 295.548,35 Dollar.
- Die Blockade schränkt den akademischen Austausch ein und verbietet Professoren, Fachleuten und Studenten die Teilnahme an Präsenz- und virtuellen Treffen. Die Unmöglichkeit, Transaktionen in Dollar durchzuführen, die Verweigerung von Einreisevisa für die USA zur Teilnahme an Treffen und das Verbot des Zugangs zu virtuellen Plattformen wie Zoom, Cisco Webex und Interprefy behindern die Vorbereitung und Ausbildung von Lehrpersonal und Schülern.
- Die Zentraluniversität Martha Abreu de Las Villas (UCLV) zählte jede Woche mindestens drei virtuelle Treffen, an denen sie

, weil sie keinen Zugang zur entsprechenden Internetplattform hat. Im Januar 2035 empfing sie eine Delegation von Professoren der US-amerikanischen Universität von Carthage, die an einer Zusammenarbeit mit ihr interessiert war. Das Protokoll der geplanten Absichtserklärung konnte noch nicht unterzeichnet werden, da diese Universität zunächst die Risiken von Maßnahmen und Sanktionen, denen sie im Falle einer Zusammenarbeit ausgesetzt wäre, sorgfältig abwägen muss, was die abschreckende Wirkung der Blockade deutlich macht.

Im Bereich **Sport** beliefen sich die durch die Blockade verursachten Schäden im analysierten Zeitraum auf **4 114 091 Dollar**. Da Sportartikel, Stoffe, Schuhe, technische und pädagogische Hilfsmittel, technologische Geräte und andere Artikel nicht in den USA, dem Hauptproduzenten dieser Güter, beschafft werden konnten, mussten sie in Drittländern eingekauft werden, wo die Kosten um die Hälfte oder mehr höher sind.

Die wichtigsten in diesem Bereich gemeldeten Nachteile sind die Hindernisse bei der Bezahlung von Dienstleistungen, die von Kubanern im Ausland und auf der Insel erbracht werden, was sich in einem vollständigen Zahlungsverbot oder der finanziellen Verfolgung von Einkünften aus der Teilnahme von Kubanern an Wettkämpfen als Sportler oder Schiedsrichter, der Erstattung von Fahrkarten und finanziellen Gewinnen für Medaillen sowie des Exports von Sportdienstleistungen.

Hinzu kommt die Einführung neuer Methoden zur Behinderung von Bankgeschäften, wie z. B. die Anforderung zusätzlicher Dokumente, was zu Verzögerungen führt und die Bezahlung und Einziehung der erbrachten Dienstleistungen erschwert.

In diesem Zusammenhang sind die Hindernisse zu nennen, die bei Überweisungen von Geldern an kubanische Sportverbände im Rahmen von Verträgen, die ihre Athleten im Ausland unterzeichnet haben, auferlegt werden. Da beispielsweise die Gelder, die der japanische Baseballverein Nippon-Ham in diesem Zusammenhang schuldet, nicht nach Kuba überwiesen werden konnten, musste der kubanische Verband sie in Japan selbst für den Kauf von Bällen für Kinder ausgeben, obwohl er dies in Panama zum halben Preis hätte tun und 948 weitere Bälle kaufen können, ganz zu schweigen von den Frachtkosten für den Transport nach Kuba.

Kuba, Mitglied der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), muss seine jährlichen Beiträge entrichten. Im Jahr 2004 tat es dies im Februar, doch im November teilte die kubanische Zentralbank mit, dass die Überweisung aufgrund interner Richtlinien der Bank der Agentur zurückgewiesen worden sei. Kuba konnte daher seine Beiträge für 2024 und 2025 noch immer nicht entrichten, was das Land, sollte diese Situation andauern, daran hindern könnte, an internationalen Wettkämpfen teilzunehmen oder selbst solche auf der Insel zu organisieren.

Wie schon in den Vorjahren war auch dieser Zeitraum durch die Nichtzahlung der Gehälter kubanischer Athleten gekennzeichnet, die bei verschiedenen Vereinen unter Vertrag stehen, da ausländische Bank- und Finanzinstitute sich weigern, Geschäfte mit der kubanischen Finanzbank (BFI) zu tätigen.

Anfang 2025 verweigerte die Trump-Regierung dem kubanischen Basketballteam, das an einem Qualifikationsturnier in Puerto Rico teilnehmen sollte, die Visa. Maßnahmen dieser Art, zusammen mit den übermäßigen Zoll- und Polizeikontrollen, denen unsere Delegationen in den USA unterzogen werden, und den Diskreditierungskampagnen

in den sozialen Netzwerken, um zu verhindern, dass Kuba Austragungsort von Wettbewerben wird, haben sich fortgesetzt und zu schweren Schäden geführt.

Im Juni 2025 verweigerte die Trump-Regierung der kubanischen Frauen-Volleyballmannschaft, die am Norceca-Final Four (Nordamerika und Karibik) in Puerto Rico teilnehmen sollte, die Visa in Puerto Rico teilnehmen sollte, obwohl dieses Turnier für die Zentralamerikanischen und Karibischen Spiele (Santo Domingo, 2026) qualifiziert und Punkte für die Norceca- und Weltrangliste bringt. Diese Ablehnung steht im Widerspruch zu den Verpflichtungen, die Länder eingehen, die internationale Wettbewerbe organisieren.

Diese ungerechte und diskriminierende Haltung, die sich im Laufe des Jahres bei anderen Sportarten mehrfach wiederholt hat, widerspricht den Grundsätzen des Sports und des fairen Spiels.

Im Juli 2025 verweigerte die Trump-Regierung ohne jegliche Begründung die Visa für das technische Team der Mädchen-Softballmannschaft, wodurch diese an der Little League World Series nicht teilnehmen konnte und die Mädchen zu Opfern der Blockade und des Hasses der US-Regierung wurden.

Im Bereich der **Kultur** schränkt die Blockade die Förderung, Verbreitung und Vermarktung kubanischer Kulturschaffender erheblich ein, behindert die Suche nach Marktnischen und Geschäftsmöglichkeiten, drückt die Verkaufspreise und schränkt die Auftritte unserer Künstler auf allen Kontinenten stark ein. Im analysierten Zeitraum beliefen sich die Schäden auf **195 095 600 Dollar**.

Die Blockade behindert den Zugang zu Technologien für die Produktion von E-Books und bremst deren Förderung und Verkauf, da viele digitale Plattformen von Kuba aus nicht genutzt werden können, während Online-Shops, die direkte Vertragsbeziehungen mit einem kubanischen Unternehmen eingehen, mit Sanktionen belegt werden.

Kubanische Orchester und Musiker sind direkt von der Blockade betroffen, da sie keinen Zugang zum US-Markt haben. Ohne die Blockade könnten jedes Jahr mindestens ein Dutzend kubanische Orchester in den USA auf Tournee gehen und Einnahmen in Höhe von etwa 3 Millionen Dollar erzielen.

Die extraterritoriale Anwendung der Blockade behindert den Austausch von Lizenzgebühren zwischen *der kubanischen Musikurheberrechtsagentur* (ACDAM) und ausländischen Unternehmen, da Banken in mehreren Ländern Finanztransaktionen mit der kubanischen Internationalen Finanzbank (BFI) abgelehnt haben.

Die Empresa de Grabaciones y Ediciones Musicales de Cuba (EGREM, Unternehmen für Musikaufnahmen und -veröffentlichungen) kann ihre Produktionen nicht direkt in den USA verkaufen. Da außerdem ihre Bankkonten und die ihrer potenziellen Partner ständig überwacht werden, muss sie auf Zwischenhändler in diesem Land oder in Drittländern zurückgreifen, was die Kosten erhöht und die Verhandlungen verzögert.

Kubanische Künstler erhalten nicht immer die Visa, die sie benötigen, um in den USA an internationalen Veranstaltungen wie den Grammy Latinos und anderen Musikfestivals teilzunehmen. Im Jahr 2024 konnten sie nicht an großen

, was ihrer Karriere schadet und die Verbreitung ihres Talents behindert.

Von 2020 bis 2024 hat der Rohstoffmangel die Verlage daran gehindert, 950 Buchtitel zu veröffentlichen und ihre Veröffentlichungspläne zu erreichen, was einem Umsatzausfall von etwa 3.770.833 Dollar entspricht, was unkalkulierbare Kosten im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich verursacht.

Die langjährigen Lieferanten des *kubanischen Instituts für Filmkunst und -industrie (ICAIC)* akzeptieren nun als Zahlungsmittel nur noch Kreditkarten, die von ausländischen Banken bestätigt wurden. Das für Kuba gemeldete Länderrisiko verteuert die Importkosten für das ICAIC um bis zu 50 %, nur weil es Handelsgeschäfte mit Kuba tätigt.

Im Jahr 2023 unterzeichnete die *Lateinamerikanische Literaturagentur*, die dem kubanischen Buchinstitut angegliedert ist, einen Vertrag mit dem mexikanischen Fernsehsender Televisa, um die Verfilmung des Werks *Morir por Vivir* von Félix B. Caignet zu erneuern. Da sich Televisa jedoch anschließend mit dem US-amerikanischen Fernsehsender Univisión zusammengeschlossen hatte, konnte die kubanische Agentur den Vertragsbetrag immer noch nicht einziehen.

Die japanische Agentur UniJapan hat einen Vertrag über die Veröffentlichung von *Cuentos Completos* des berühmten kubanischen Autors Virgilio Piñera für 2.916 Dollar unterzeichnet, aber im Februar dieses Jahres mitgeteilt, dass sie diesen Betrag aufgrund der gegen Kuba verhängten Finanzrestriktionen noch immer nicht bezahlen konnte, und bis heute ist diese Überweisung noch immer nicht eingegangen.

Die Website Spotify, die 80 % der *Streamings* aus kubanischen Katalogen bereitstellt und die wichtigste Plattform für den Musikkonsum ist, ist in Kuba nicht zugänglich, sodass wir weder ihre Funktionsweise überwachen noch Profile kubanischer Künstler erstellen können, was der Förderung der kubanischen Kultur auf internationaler Ebene schadet.

Nachteile für die wirtschaftliche Entwicklung, den Handel und die Finanzen

Die wirtschaftliche Entwicklung Kubas wurde 2024 durch die Verschärfung der Blockademaßnahmen so stark beeinträchtigt, dass das BIP um 1,1 % schrumpfte. Ohne diese völkermörderische Politik hätte das Land schätzungsweise ein Wachstum von über 9,2 % zu aktuellen Preisen verzeichnen können. Seit 2018 ist die Wirtschaft um 11 % geschrumpft.

Ende 2024 beliefen sich die Exporte auf 9 639 000 000 Dollar, wobei der Plan für Waren zu 92,5 % und für Dienstleistungen zu 101,6 % erreicht wurde. Dennoch lagen die Gesamtexporte um 770 Millionen Dollar unter den geplanten Zahlen. Diese Situation, zusammen mit der Tatsache, dass die Wirtschaftseinnahmen um 900 Millionen Dollar unter den erwarteten Ergebnissen lagen, zwang die kubanische Wirtschaft dazu, unter noch angespannteren Bedingungen als in den Vorjahren zu arbeiten.

Ebenfalls im Jahr 2024 erreichten die Importe nur 82,4 % der Prognosen, was insbesondere Kraftstoffe, Lebensmittel, Medikamente und medizinische Hilfsgüter betraf. In Schlüsselbereichen der Lebensmittelproduktion waren kontinuierliche Rückgänge zu verzeichnen, sodass derzeit alle Produkte des Warenkorbs für Haushalte importiert werden.

Der Verlust stabiler Lieferungen verschiedener Kraftstoffarten seit Ende 2023 hat zu einer kritischen Lage geführt. Im Jahr 2024, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, geriet die Stromerzeugung aufgrund von Ausfällen der Anlagen, zwei Wirbelstürmen und der Knappheit an Kraftstoffen, insbesondere Diesel, in eine sehr schwere Krise mit einem Defizit von 1.400 bis 1.500 MW pro Tag, darunter drei Abschaltungen des nationalen Stromnetzes im Oktober und Dezember, was sehr schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Bevölkerung hatte.

Ohne die Nachteile der Blockade würde unser Land über größere Zahlungskapazitäten und zusätzliche, bedeutende und nachhaltige Finanzierungsquellen verfügen, die es ihm ermöglichen würden, den Investitionsprogrammen im Zusammenhang mit den strategischen Sektoren des Nationalen Plans für wirtschaftliche und soziale Entwicklung bis 2030 mehr Dynamik zu verleihen und die notwendigen Voraussetzungen für ein allmähliches Erreichen eines nachhaltigen Wachstumstempos zu schaffen. Die Blockade ist das größte Hindernis für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft.

Die Aufnahme Kubas in die einseitige Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, hat zu einem Anstieg der Kosten für Geschäfte mit ausländischen Investoren und zur Annullierung von Handelsgeschäften, Kooperationsmaßnahmen und laufenden Investitionsprojekten geführt.

Die kritischen Einschränkungen, unter denen das sozioökonomische Umfeld Kubas leidet, haben zu Beeinträchtigungen geführt, darunter auch für die Programme der Vereinten Nationen in Kuba, insbesondere durch einen eingeschränkten Zugang zu Finanzmitteln, darunter Entwicklungsfinanzierungen, zusätzliche Betriebskosten, einen eingeschränkten Zugang zu in den Vereinigten Staaten patentierten Waren, Dienstleistungen, IT-Plattformen und Technologien sowie zu Finanzdienstleistungen von US-Banken.

Die Blockade verbietet jedem Schiff, das einen kubanischen Hafen angelaufen hat, innerhalb der folgenden sechs Monate einen US-Hafen anzulaufen, was zu erheblichen Mehrkosten für unseren Seeverkehr und unseren Außenhandel führt, ganz zu schweigen von ihren aggressiven Absichten gegenüber Drittländern.

Von März 2024 bis Februar 2025 beliefen sich die Verluste aufgrund der geografischen Verlagerung des Handels (d. h. der Notwendigkeit, weiter entfernte Märkte zu bedienen) auf **1 212 700 000 Dollar**.

Die Mehrkosten für Fracht, Versicherungen und die Inanspruchnahme von Handelsvermittlern, die zu einem Anstieg der Warenpreise führen, beliefen sich auf **1 127 100 000 Dollar**.

Die durch die Blockade verursachten Schäden für **Produktion** und **Dienstleistungen**, da Ersatzteile, Rohstoffe und Produkte, deren Spezifikationen von anderen Lieferanten nicht erfüllt werden können, nicht auf dem US-Markt gekauft werden können, beliefen sich auf **880 800 000 Dollar**, das sind 80 % mehr als im vorangegangenen Zeitraum. 100 % höher als im vorangegangenen Zeitraum.

Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten ein drakonisches Bußgeldsystem eingeführt, um Kubas Transaktionen mit Drittländern zu verfolgen, was unseren Außenhandel noch weiter verteuert. Von März 2024 bis Februar 2025 haben 40 ausländische Banken (27 aus Europa, 6 aus Amerika und 7 aus dem Rest der Welt) aus verschiedenen Gründen insgesamt 140 Transaktionen mit kubanischen Banken abgelehnt.

Während des analysierten Zeitraums betraf die unerbittliche Verfolgung der Finanztransaktionen Kubas durch die US-Regierung praktisch alle Bereiche unserer Wirtschaft. Diese Schikanen führten unter anderem zu Vertragsstornierungen und -nichterfüllungen, zum Abbruch der Beziehungen zu Finanzinstituten, die üblicherweise mit kubanischen Einrichtungen zusammenarbeiteten, zu Verschuldung sowie zu Verzögerungen beim Versand und Eingang von Geldern und Waren geführt.

Zahlreiche Unternehmen aus Drittländern, die traditionell für die kubanische Wirtschaft wichtige Produkte und Materialien exportieren, weigern sich, als Lieferanten zu fungieren, oder sehen sich mit zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Sicherung der Finanzmittel für Exporte nach Kuba konfrontiert. Diese extraterritoriale Wirkung der Blockade beläuft sich auf mehrere zehn Millionen Dollar und führt zu Lieferverzögerungen, Rohstoffengpässen und schweren Einbußen für die industrielle Produktion des Landes.

All diese Auswirkungen zusammen haben die kubanische Wirtschaft sehr hart getroffen, insbesondere die Geschäftstätigkeit von Unternehmen und die Beziehungen kubanischer Banken zu internationalen Banken.

Zu den wichtigsten Nachteilen, die durch diesen Einschüchterungsfaktor verursacht wurden, gehören das Verbot von Überweisungen in US-Dollar oder anderen frei konvertierbaren Währungen; die Schließung von Bankkonten von Botschaften und Unternehmen mit kubanischen Interessen im Ausland; die Streichung von Finanzdienstleistungen für Geschäfte mit Bezug zu Kuba und die Verweigerung von Krediten oder Kreditkarten.

All dies ist eine Folge der Überwachungs- und Kontrollmechanismen, die die Vereinigten Staaten dem internationalen Bankwesen auferlegen, sowie der Geldstrafen in Höhe von teilweise mehreren Millionen Dollar, die sie in den letzten Jahren gegen ausländische Banken verhängt haben.

Darüber hinaus hat uns die Verfolgung unserer Deviseneinnahmequellen der finanziellen Mittel beraubt, die für den Kauf lebenswichtiger Güter für die kubanische Bevölkerung unerlässlich sind.

Im Berichtszeitraum erlitten die kubanischen Banken aufgrund der starken Schwankungen der Währungen von Drittländern, des Verbots für Kuba, den US-Dollar zu verwenden, und der zusätzlichen Kosten, die durch die Suche nach Alternativen entstehen, damit die Finanzströme in unser Land und an andere Ziele gelangen können, Verluste in Höhe von **169.500.000 Dollar**.

Heute verfügt die kubanische Geschäftsbank praktisch über keine Dollar-Konten bei ausländischen Banken mehr.

Man versteht die sehr schwere Krise, unter der unser Land weiterhin leidet, in einem sehr komplexen Kontext, der durch den anhaltenden Rückgang seines Außenhandels gekennzeichnet ist, was unkalkulierbare Schäden im sozioökonomischen Bereich mit sich bringt.

Kuba hat nur sehr begrenzten Zugang zu ausländischen Finanzmitteln und das zu extrem ungünstigen Konditionen. Kubanische Banken und Unternehmen zahlen aufgrund des Kubas zugewiesenen „Länderrisikos“ weiterhin hohe, über dem Marktniveau liegende Zinssätze. All dies verschärft die makroökonomischen Ungleichgewichte, darunter eine geschätzte kumulierte Inflation von 24,88

im Jahr 2024, die jedoch je nach Markt variiert (13,97 % im öffentlichen Sektor, 82 % im privaten Sektor, 4,03 % in der Landwirtschaft).

Diese hohe Inflation lässt sich durch die Geldschöpfung erklären, auf die der Staat zurückgreifen muss, um das Haushaltsdefizit zu finanzieren, durch den Rückgang des Angebots, insbesondere im öffentlichen Sektor, durch die importierte Inflation aufgrund der hohen Weltmarktpreise und vor allem durch die Beschränkungen beim Devisenzugang aufgrund der Verschärfung der Blockade.

Sie lassen sich aber auch durch Desinformationskampagnen und Finanzmanipulationen erklären, die über virtuelle Instrumente wie *El Toque* erfolgen, das von der *National Endowment Democracy* (NED) und der *U. S. Agency for Global Media* (USAGM, US-Agentur für globale Medien) finanziell unterstützt wird. All dies zielt darauf ab, die Wechselkurse im Land zu stören, die Abwertung des kubanischen Pesos gegenüber dem US-Dollar zu fördern, die Preise zu destabilisieren, die Kaufkraft der Bevölkerung zu verringern und soziale Unzufriedenheit zu provozieren.

Die Knappheit von Waren und Dienstleistungen auf den formellen Märkten, die Ausbreitung des informellen Marktes und der Preisanstieg haben die Kaufkraft von Löhnen und Renten verschlechtert.

Obwohl der Staat entschlossen nach Wegen sucht, die Auswirkungen der Blockade abzumildern, bleibt die wirtschaftliche Lage Kubas prekär. Der entscheidende Faktor, der unsere Wirtschaft daran gehindert hat, schneller und dynamischer voranzukommen, ist die Unmöglichkeit, die geplanten Exporteinnahmen zu erzielen. Allein dadurch hat die Blockade im analysierten Zeitraum Verluste und Schäden in Höhe von **2 608 000 000 Dollar** verursacht.

Der Tourismussektor gehört weiterhin zu den Prioritäten der Blockadepolitik. Die Schäden in den Bereichen Dienstleistungen, Betrieb und logistische Versorgung beliefen sich von März 2024 bis Februar 2025 auf **2 528 791 469 Dollar**.

Die Zahl der Besucher – 2 203 117 Touristen – sank gegenüber 2023 um 9,6 % und erreichte nur 71,07 % der Prognosen. Dies ist auf die kumulativen Auswirkungen der Blockade, die Beibehaltung Kubas auf der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, und auf der Liste der kubanischen Einrichtungen, gegen die Restriktionen verhängt wurden, zurückzuführen, zu der fast alle Hotelanlagen des Landes gehören. Bei den Exporten verzeichnete Kuba einen Verlust von 1 114 600 000 Dollar.

Die Zahl der US-amerikanischen Besucher ging im Vergleich zu 2023 um 11 % zurück, was darauf zurückzuführen ist, dass es ihnen verboten ist, in Hotels zu übernachten „mit Beschränkungen versehenen“ Hotels zu übernachten und dass die US-Regierung ihnen auch Beschränkungen für die Unterbringung in Einrichtungen des privaten Sektors auferlegt, je nach den zugelassenen Reisekategorien.

Die Abschaffung der pauschalen Genehmigungen für Bildungsreisen von Gruppen (Kategorie „zwischenmenschlicher Austausch“) hat die Situation noch verschärft: Während diese Reisen bisher unter der Schirmherrschaft einer US-amerikanischen Organisation durchgeführt werden konnten, was ohnehin schon ein Hindernis darstellte, macht diese neue Maßnahme Reisen in dieser Kategorie nun vollständig unmöglich.

Gäbe es die Blockade nicht und könnten US-Amerikaner normal Urlaub machen, könnte Kuba jedes Jahr zwischen einer und zwei Millionen Besucher empfangen, was für die kubanische Wirtschaft Einnahmen in Höhe von schätzungsweise 2 410 826 390 Dollar bedeuten würde.

Die Umsetzung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes spielte eine direkte Rolle bei der Annullierung von Geschäften und Verträgen mit 41 ausländischen Reiseveranstaltern aus Drittländern.

Darüber hinaus hat das Verbot für US-Kreuzfahrtgesellschaften, kubanische Häfen anzulaufen, das durch Sanktionen und Gerichtsverfahren gegen diejenigen, die dies dennoch taten, noch verschärft wurde, weitere Fortschritte im Tourismussektor blockiert, da Kuba dadurch etwa 800.000 US-amerikanische Segeltouristen verloren hat.

Die Entscheidung der US-Regierung, ein Einreisevisum für alle Personen zu verlangen, die bereits nach Kuba gereist sind oder aus Kuba in die USA einreisen wollen, einschließlich der Staatsangehörigen der 42 Länder, die vom ESTA-System profitieren, hat sich negativ auf die Einreise von im Ausland lebenden Kubanern und ausländischen Touristen sowie von US-Bürgern ausgewirkt.

Aufgrund der finanziellen Verfolgung durch Washington weigern sich immer mehr ausländische Banken, mit Kuba zusammenzuarbeiten, was zu einer drastischen Einschränkung der Handelsgeschäfte und des Verkaufs von Pauschalreisen geführt hat. Die Schließung der Auslandskonten von Havanatur, dem wichtigsten Anbieter und Verkäufer kubanischer Tourismusprodukte, verursachte Verluste in Höhe von 2.180.900 Dollar.

Die langsamen Zahlungen der genutzten Banken haben zu erheblichen Schäden geführt. Da der Dollar nicht verwendet werden kann, mussten die Reisebüros auf riskante und kostspielige Überweisungsmethoden zurückgreifen, die manchmal mehrere Währungsumrechnungen erfordern und somit erhebliche Verluste verursachen.

Die Hindernisse für Handelsgeschäfte mit Kuba führten zu einem Rückgang potenzieller Investoren im Tourismusbereich im Vergleich zu den im Portfolio für ausländische Investitionsprojekte vorgestellten Angeboten. So wurden etwa dreißig Unternehmen eingeladen, sich am Wasserpark von Varadero zu beteiligen, wobei einige ablehnten und andere ihr Interesse verloren.

Hinzu kommen aggressive Verleumdungskampagnen auf digitalen Plattformen und in sozialen Netzwerken hinsichtlich der Sicherheit Kubas als Reiseziel und insbesondere der Qualität der touristischen Dienstleistungen.

Auch der **Biotechnologiesektor** bleibt von den Auswirkungen der Blockade nicht verschont. Das „Gesetz für die kubanische Demokratie“ oder Torricelli-Gesetz verbietet ausdrücklich den Verkauf von Vorleistungen und Rohstoffen für die kubanische Biotechnologieindustrie.

Im analysierten Zeitraum beliefen sich die Schäden auf **129 270 055 Dollar**, die sich aus entgangenen Exporteinnahmen, Mehrkosten für die geografische Verlagerung des Handels und Währungsverlusten zusammensetzten.

Das Finlay-Institut für Impfstoffe (IFV) stieß bei 14 Vorgängen auf Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Reagenzien, Rohstoffen und Vorleistungen, die es schließlich

überwiegend über Dritte kaufen musste, was zu erheblichen Mehrkosten bei den Anschaffungs- und Frachtkosten führte.

Die Medsol-Labore konnten aufgrund eines Defekts ihrer deutschen Kapselmaschine der Firma *Harro Hofliger* keine Omeprazol-, Fluconazol- und Osetamivir-Kapseln herstellen. Im Dezember 2024 wandten sie sich über die Firma FARMACUBA an den Hersteller, um Ersatzteile und technische Unterstützung anzufordern, Der deutsche Hersteller brach die Verhandlungen jedoch unter Berufung auf die Blockade ab. *Medsol* erlitt Verluste in Höhe von 1 020 272,99 Dollar, und diese Medikamente fehlten der kubanischen Bevölkerung.

Es wurde unmöglich, weiterhin Hämodialysemembranen von der argentinischen Firma *KAM Bag in Box Latam* zu kaufen, nachdem diese von einem US-amerikanischen Unternehmen aufgekauft worden war.

Aufgrund der Verschärfung der Blockade wagen es US-Unternehmen, die an dem kubanischen Medikament Heberprot-P interessiert sind, das weltweit einzige Medikament zur Behandlung von diabetischen Fußgeschwüren, das die damit verbundenen Amputationen deutlich reduziert, nicht, Verhandlungen aufzunehmen. Könnte Kuba dieses Produkt in die USA exportieren, würden US-amerikanische Patienten von einem einzigartigen Medikament profitieren und die kubanische Pharmaindustrie hätte im analysierten Zeitraum etwa 90 Millionen Dollar einnehmen können.

Von März 2024 bis Februar 2025 beliefen sich die Schäden im **Energie-** und **Bergbausektor** auf nicht weniger als **496.075.620 Dollar**, wobei das am stärksten betroffene Unternehmen die Nationale Elektrizitätsunion mit 279.345.500 Dollar war.

Die wirtschaftliche Einkreisung hat die finanziellen Einschränkungen des Landes verschärft und den Zugang zu Krediten erschwert, die für die Reparatur von Wärmekraftwerken, den Kauf der erforderlichen Technologien und von Brennstoffen notwendig sind . Daher ist es nicht nur unmöglich, eine stabile Stromversorgung für die Bevölkerung und strategische Wirtschaftssektoren zu gewährleisten, sondern auch neue Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen zu schaffen, die eine größere Energieunabhängigkeit ermöglichen würden.

Die Blockade beeinträchtigt die für die kubanische Erdölindustrie notwendigen Importe. Der Transport eines 20-Fuß-Containers kostete Kuba durchschnittlich 5 980 Dollar aus China, 2 590 Dollar aus Europa und 3 925 Dollar aus Kanada. Von Houston bis zur Sonderwirtschaftszone Mariel würde er jedoch je nach Saison nicht mehr als 800 bis 1.000 Dollar betragen, was im Jahr 2024 eine Einsparung von 1.014.298 Dollar bedeutet hätte.

Die Verfolgung des Kraftstofftransports nach Kuba durch die US-Regierung, von der Reedereien, Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften, Banken, Privatpersonen und Regierungen betroffen sind, hat zu einem Rückgang der Zahl ausländischer Lieferanten geführt, während diejenigen, die weiterhin liefern, ihre Preise aufgrund des Länderrisikos erheblich erhöht haben.

Angesichts der Verfolgung seiner Finanzgeschäfte muss Kuba seine Kraftstoffimporte durch unwiderrufliche

und bestätigten Akkreditiven (zahlbar bei Sicht) bei einer einzigen Bank sicherstellen, deren Bestätigungskapazität begrenzt ist und oft nicht den Wert der in diesem Monat zu importierenden Ladungen abdeckt.

Die Hindernisse für den Import von Treibstoff, Ersatzteilen und Maschinen, die darauf zurückzuführen sind, dass die Lieferanten Sanktionen seitens der Vereinigten Staaten befürchten, haben schwerwiegende Auswirkungen und erklären die anhaltende Instabilität des nationalen Stromnetzes (SEN) und die ständigen Ausfälle der Wärmekraftwerke, wodurch die Stromerzeugung eingeschränkt wird.

Diese verbraucht mehr als die Hälfte des importierten Treibstoffs: Um eine normale Produktion zu gewährleisten, müssen 250 bis 350 Millionen Dollar bereitgestellt werden, aber die Blockade verhindert, dass das Land über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügt, um diese Produktion zu gewährleisten.

Ende 2024 führte der Mangel an materiellen Ressourcen und Finanzmitteln zu einem Rückgang der im Land selbst produzierten Ölmenge um etwa 138 028 Tonnen. Derzeit produziert Kuba etwa 40 000 Barrel pro Tag, was nur ein Drittel des nationalen Verbrauchs deckt.

Die Gesamtproduktionskapazität des Unternehmens Union Eléctrica beträgt 5.646 Megawatt, aber derzeit kann es nur 2.122 Megawatt erreichen, was 38 % entspricht. Unter normalen Bedingungen benötigt das Land zwischen 4,8 und 5 Millionen Tonnen Brennstoff, um den Strombedarf des Landes zu decken, wobei die Kosten je nach Marktpreisschwankungen zwischen 1,6 und 1,8 Milliarden Dollar liegen. Dies erklärt die ständigen Stromausfälle, von denen die gesamte Bevölkerung und alle Wirtschaftssektoren betroffen sind.

Seit dem 10. Januar 2024 verfügt das Wärmekraftwerk Ernesto Che Guevara nach wie vor nicht über Ersatzteile für seine Pumpen, da das italienische Unternehmen *C. R. Technology Systems*, das diese lieferte, von *Trillium Flow Technologies* aufgekauft wurde, das seinen Vertrieb von den USA aus steuert. Da die OFAC die erforderlichen Genehmigungen nicht erteilt hat, konnte der Vertrag nicht erfüllt werden, sodass die Kraftwerke nur eingeschränkt betrieben werden können, die Energiekosten steigen und es zu Stromausfällen kommt.

Die Wärmekraftwerke Ernesto Guevara de la Serna, 10 de Octubre und Máximo Gómez verwenden in ihren modernisierten Turbinen elektrohydraulische VOITH-Motoren, die unter Verschleiß leiden. Die üblichen Lieferanten wie *Real Control* und *EnergoControl* haben mitgeteilt, dass sie aufgrund des Helms-Burton-Gesetzes diese Ausrüstung nicht mehr nach Kuba verkaufen dürfen, sodass die Einheit Nr. 2 des Kraftwerks Ernesto Guevara stillsteht.

Das Unternehmen *Taichi HD Cuba*, das einen Auftrag für ein neues AVR-Erregungssystem vom Typ VCS-6000 für das Kraftwerk Carlos Manuel de Céspedes erhalten hat, teilte mit, dass das für diese Art von Auftrag geeignete Unternehmen *Mitsubishi Generator Corp.* ist, das sich jedoch aufgrund der strengen Sanktionen der US-Regierung weigert, diesen Auftrag anzunehmen.

Die durch die Blockade im analysierten Zeitraum verursachten Schäden und Verluste im **Kommunikations-** und **IT-Sektor**, einschließlich der Telekommunikation, wurden auf **78.645.000 Dollar** beziffert.

Die Empresa de Telecomunicación de Cuba S. A. (ETECSA) ist mit 73.675.900 Dollar nach wie vor das am stärksten betroffene Unternehmen (94,3 %). Ihre finanziellen Schwierigkeiten, die im Wesentlichen auf die Blockade zurückzuführen sind, haben zu einer Verschlechterung ihrer Infrastruktur und der Qualität ihrer Dienstleistungen geführt, sodass sie in den letzten drei Jahren Verluste in Höhe von mehr als 500 Millionen Dollar pro Jahr verzeichnet. Zusätzlich zu den dadurch angehäuften Schulden hat sie durch organisierte Betrügereien aus dem Ausland durch illegale Betreiber Einnahmen aus Online-Aufladungen für Mobiltelefone in Höhe von bis zu 18 von 20 Dollar verloren.

Die ständige Verfolgung durch die US-Regierung und ihr Druck auf Kommunikationsunternehmen, die an Geschäftsbeziehungen mit ihren kubanischen Partnern interessiert sind, hindern uns daran, eine angemessene Infrastruktur, einen besseren Internetzugang und eine bessere Informatisierung aufzubauen, um unsere Technologie in diesem Bereich zu modernisieren.

Die wichtigsten Anbieter von Telekommunikationstechnologien (Ericsson, Alcatel und Huawei) verlangen von uns eine Endverwendungserklärung, was den Kauf und die Lieferung von Ausrüstung verzögert und in die Souveränität von Drittländern in ihren Beziehungen zu Kuba in diesem Bereich eingreift.

Die Blockade verhindert, dass Kuba Zugang zu hochwertigen Marken und Ausrüstungen von führenden US-Unternehmen wie *Dell, Cisco, HP, Netgear, Grandstream Networks, APC* und anderen, während die Beschränkungen für Lieferungen von Technologien und Ausrüstungen, die unter US-Patent hergestellt werden oder US-Komponenten enthalten, uns zwingen, auf entfernte Märkte auszuweichen, was die Fracht- und Reparatur- und Wartungskosten in die Höhe treibt.

Die Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die Terrorismus unterstützen, hindert uns daran, die Dienste privater Expresskuriere aus den USA in Anspruch zu nehmen. Da es kein Abkommen über Postüberweisungen zwischen den USA und Kuba gibt, müssen US-Bürger auf riskantere Alternativen zurückgreifen. Die Einstellung der Dienstleistungen von *Western Union* infolge der Sanktionen der US-Regierung hat die Situation noch verschärft, sodass mehr als 837 200 Dollar an Familiengeldern nicht nach Kuba gelangen konnten, was den kubanischen Familien schweren Schaden zugefügt hat.

Die Postverwaltungen verschiedener Länder auf allen Kontinenten, die ihre Zahlungen zuvor direkt an kubanische Banken überwiesen haben, können dies aufgrund der verschärften Finanzblockade nicht mehr tun.

Angesichts des Verbots für US-Unternehmen und andere verbundene Unternehmen, deren Transaktionen von US-Banken abhängen, Handelsgeschäfte mit Kuba zu tätigen, und der damit verbundenen Verpflichtung für Kuba, auf Zwischenhändler zurückzugreifen, musste das kubanische Fernsehen 114 807,21 Dollar mehr für die Übertragung der Olympischen Spiele in Paris im Jahr 2024 bezahlen, was den normalen Kosten für diese Dienstleistung entspricht.

Kuba hat weiterhin nur eingeschränkten Zugang zu Breitband-Internetverbindungen, was die Download-Geschwindigkeit von Software, Musik,

in Echtzeit übertragenen Radio- und Fernsehprogrammen sowie den Zugriff auf Websites, über die Programme aktualisiert werden können, die von Millionen von Nutzern weltweit verwendet werden, verlangsamt. Die Sperrung der Website von *Adobe* verhindert, dass wir auf die Hilfe zu bestimmten Programmen zugreifen können, die nur online verfügbar sind, wie beispielsweise die neuesten Versionen des Mehrspur-Editors *Audition C56*. Dies gilt auch für andere interessante Websites wie *Source Forge*, *WeTransfer*, *DELL* und *Intel*.

Diese Hindernisse beeinträchtigen den Informationsfluss nach Kuba und die Möglichkeit eines massiven Zugangs zum Internet, behindern und verteuern die Konnektivität und beeinflussen den Zugang kubanischer Nutzer zu verschiedenen virtuellen Plattformen.

Darüber hinaus sehen sich kubanische Delegationen mit zahlreichen Schwierigkeiten bei der Teilnahme an virtuellen Tagungen und Kongressen konfrontiert, da Kuba unter Zugangsbeschränkungen zu mehreren für diese Zwecke genutzten digitalen Plattformen wie *Zoom* leidet. Einige Websites sind aufgrund der diskriminierenden und illegalen Maßnahmen der *OFAC* für kubanische IP-Adressen nur eingeschränkt zugänglich.

Der weltweite Markt für Radio- und Fernsehgeräte wird von transnationalen und multinationalen Unternehmen wie unter anderem *Sony Group Corporation*, *Panasonic Corporation* und *JVC Kenwood Holdings Inc.* dominiert, die den Vertrieb ihrer Produkte nach geografischen Regionen segmentieren. Das bedeutet, dass *das Instituto de Información y Comunicación Social de Cuba* (ehemals Instituto Cubano de Radio y Televisión, *ICRT*) seine Ressourcen von autorisierten Händlern für Lateinamerika beziehen muss, von denen viele ihren Sitz in Miami haben, wo seine Kaufanträge systematisch blockiert werden, sodass es auf europäische Zwischenhändler zurückgreifen muss und sich in einer sehr ungünstigen Position hinsichtlich der technologischen Modernisierung befindet.

Im analysierten Zeitraum wurden die durch die Blockade verursachten Schäden für **die kubanische Industrie** auf **51 069 079,54 Dollar** berechnet, hauptsächlich aufgrund von Einnahmeausfällen durch den Ausfall von Exporten von Waren und Dienstleistungen, die geografische Verlagerung des Handels, Wechselkursschwankungen, technologische Hindernisse und Treibstoffknappheit. Nachstehend sind einige der wichtigsten Schäden in diesem Bereich aufgeführt:

- Das Metallunternehmen *ACINOX Comercial* kann die für seine Produktion erforderlichen Rohstoffe, Ersatzteile und Metalle nicht auf dem US-Markt kaufen und muss sich daher auf entfernten Märkten versorgen, was seine Kosten erhöht.
- Infolge der Anwendung des *Toricelli-Gesetzes* haben die Reedereien *Mediterranean Shipping Company S. A.*, *A. P. Møller-Mærsk*, *COSCO SHIPPING Lines Co*, *Evergreen Marine Corporation* und *Zim Integrated Shipping Service* ihre Beziehungen zu unserem Land eingestellt, das nun nur noch drei Reedereien zur Verfügung stehen.
- Das Telekommunikationsunternehmen *COPEXTEL S. A.*, das normalerweise bei 628 Lieferanten einkauft, konnte nur bei 57 (9,08 %) einkaufen, von denen 97,2 % Zwischenhändler und 8,8 % Hersteller sind, was die Kosten für die erworbenen Waren und Dienstleistungen erhöht.

- Während des analysierten Zeitraums blieb die Unterbrechung der Bankgeschäfte zwischen ausländischen und kubanischen Banken bestehen. So lehnte die *National Bank of Canada* die Kreditkarte der Unternehmensgruppe der chemischen Industrie Kubas ab.
- Die Stahlwerke konnten aufgrund von Stromausfällen und Treibstoffmangel infolge der Blockade im Laufe des Jahres 87 015 Tonnen Stahl für den Export nicht produzieren, deren Verkauf einen Gewinn von 894 780,42 Dollar eingebracht hätte.
- Der Mangel an Rohstoffen und die Instabilität ihrer Lieferung verhinderten die Produktion der geplanten Mengen an Zahnpasta, Bleichmittel und Scheuertüchern.
- Die Ladenkette *Caribe* erlitt Verluste in Höhe von 50.180.000 Dollar, was einer Steigerung von 319 % gegenüber 2023 entspricht, und konnte aufgrund fehlender Ersatzteile eine große Menge an Geräten nicht reparieren.
- Kuba kann keine Tiefkühlkost wie Hühner-, Puten- und Rindfleisch in den USA, dem größten Produzenten dieser Waren, kaufen, sondern muss diese auf weit entfernten Märkten zu höheren Preisen, Frachtkosten und längeren Transportzeiten einkaufen und in Lagern aufbewahren, um die erforderlichen Vorräte zu gewährleisten und die Geschäfte wieder aufzufüllen.
- Das Unternehmen *Fincimex*, das auf der Liste der Unternehmen steht, gegen die Beschränkungen verhängt wurden, kann nicht an Überweisungen von Familienangehörigen aus den USA teilnehmen, obwohl es im Jahr 2024 auf diese Weise 900.000 Dollar hätte einnehmen können.

Der **Bausektor** hat weiterhin mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, sich mit effizienteren, leichteren und weniger Rohstoffe und Energie verbrauchenden Bautechnologien auszustatten. Von März 2024 bis Februar 2025 beliefen sich die ihm entstandenen Schäden auf **161 867 007 Dollar**.

Am stärksten betroffen war der Wohnungsbau mit 34.324.900 Dollar, da nur 28 % der erwarteten Lieferungen bereitgestellt werden konnten.

Die größten Verluste sind auf Schwierigkeiten beim Zugang zu Gütern und Technologien zurückzuführen, die für die Baustoffindustrie von wesentlicher Bedeutung sind, darunter Zement, Kies, Stahl, Farben, Wassertanks, Leichtdächer, Betonsteine, Faserzementziegel, Asphaltbeläge und Bauholz. Hinzu kommen die Kündigung von Verträgen durch ausländische Lieferanten und Transportschwierigkeiten aufgrund der Kraftstoffknappheit.

Die größten Schäden aufgrund der Kraftstoffknappheit und des Mangels an materiellen Ressourcen entstanden bei Flughafenbauwerken, der Nationalautobahn, der Nationalstraße, den Cayes im Norden sowie den Umleitungskanälen für Wasserressourcen im Zentrum und im Osten.

Die durch die Blockade verursachten Schäden im **Verkehrssektor** (See-, Straßen-, Schienen- und Luftverkehr) beliefen sich von März 2024 bis Februar 2025 auf **353 034 200 Dollar**.

Die Passagierbeförderungskapazitäten und die Infrastruktur haben aufgrund der geringen technischen Verfügbarkeit von Fahrzeugen, der Unmöglichkeit, Ersatzteile zu beschaffen, fehlender Finanzmittel, die Weigerung von Lieferanten sowie die 2019 von der US-Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Unterbindung aller Kraftstofflieferungen nach Kuba, was verheerende Auswirkungen auf diesen Sektor hatte. All dies führte zu einer Verringerung der Dienstleistungen und zu ernsthaften Problemen für die Bevölkerung.

So benötigt der öffentliche Nahverkehr in der Hauptstadt mindestens 1 200 funktionsfähige Fahrzeuge, während nur 566 verfügbar sind und täglich nur zwischen 120 und 170 in Betrieb sind, sowie 48 000 Tonnen Diesel, was aufgrund der Finanzknappheit und der Verteuerung des Betriebs durch die Blockade unmöglich ist.

Im Seeverkehr sehen sich ausländische Reeder, deren Schiffe Kubaner in ihrer Besatzung haben, aufgrund des 1992 vom Kongress verabschiedeten Torricelli-Gesetzes weiterhin Einschränkungen und Hindernissen beim Anlegen in US-Häfen ausgesetzt. Sobald die Hafenbehörden von der Anwesenheit von Kubanern an Bord erfahren, halten sie das Schiff mehrere Stunden lang außerhalb des Hafens fest, stellen eine Wache auf, die von der Reederei oder dem Reeder mit 1.500 Dollar pro Tag zu bezahlen ist, und verbieten dem kubanischen Personal, an Land zu gehen.

Im Luftverkehr verbietet die US-Regierung Kuba weiterhin, Flugzeuge zu chartern, sodass *Cubana de Aviación* nicht für internationale Flüge zugelassen werden kann, und Flugzeuge zu kaufen, deren Komponenten zu mehr als 10 % aus den USA stammen, was auch den Inlandsverkehr betrifft.

Die Fluggesellschaft *Cubana de Aviación* ist nach wie vor von der Aufhebung von Vereinbarungen zwischen Fluglinien über den Gütertransport betroffen, was sie daran hindert, diese zu vermarkten und den Verkauf von Flügen mit mehreren Zielen im Rahmen von Handelsallianzen mit *Avianca*, *DHL*, *Air France*, *LATAM* und *Lot Polish* ausgesetzt, was sich nachteilig auf die Import- und Exportdienstleistungen auswirkt, die die Fluggesellschaft öffentlichen und privaten Unternehmen des Landes anbieten könnte, da sie auf andere, teurere Routen ausweichen muss.

Nachteile für nichtstaatliche Formen der Wirtschaft in Kuba

Ende April 2025 gab es in Kuba 11.233 private Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (*KKMU*), deren Geschäftsleute, Unternehmensleiter und Genossenschaftler ebenfalls von der Blockade betroffen sind: Im Jahr 2024 erlitten 608 *KKMU*, d. h. 6 %, Verluste.

Die US-Regierung behauptet immer wieder, dass die Blockade nur darauf abzielt, die kubanische Regierung zu bestrafen, nicht aber das Volk oder den privaten Sektor. Im Mai 2024 kündigte sie Maßnahmen an, die angeblich für den privaten Sektor in Bezug auf den digitalen und finanziellen Zugang von Vorteil sein sollten, die jedoch ohne Wirkung blieben, da die strukturellen Barrieren und das rechtliche Gefüge, die das Wesen

der Blockade, bestehen weiterhin als Haupthindernis für jegliche wirtschaftliche Aktivität in Kuba.

US-amerikanische Technologieunternehmen, die IT-Tools freigeben möchten, sind gezwungen, zwischen öffentlichen und privaten Akteuren zu unterscheiden.

Darüber hinaus schreckt die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, von jeglichen internationalen Transaktionen ab, seien sie öffentlicher oder privater Natur. Hinzu kommt die Weigerung von Reedereien und ausländischen Banken, Geschäfte mit Kuba zu tätigen, aufgrund der sekundären Sanktionen, die die US-Regierung verhängt, und der Vorschriften, die sie ständig ändert und die sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor betreffen.

So haben die Hinweise und Beschränkungen für Reisen nach Kuba die Einnahmen eines Großteils des Privatsektors aus dem Tourismus und der Zimmervermietung verringert. Die Liste der verbotenen Unterkünfte in Kuba, die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die den internationalen Terrorismus unterstützen, das Verbot von Individualreisen (Kategorie „zwischenmenschliche Kontakte“) und andere Maßnahmen der US-Regierung haben jeglichen Fortschritt in diesem Sektor blockiert und zu einem erheblichen Rückgang der Buchungen in privaten Gästezimmern und Pensionen geführt. Die größte Einschränkung für diese kubanischen Akteure besteht darin, dass sie mangels Zugang zum US-amerikanischen Tourismusmarkt nicht auf Augenhöhe mit anderen Akteuren in der Region konkurrieren können.

Kuba verfügt über mehr als 20.000 Zimmer in Privatunterkünften. Von den 139.358 US-Amerikanern, die zwischen März 2024 und Februar 2025 auf die Insel kamen, übernachteten nur 9,6 % in privaten Unterkünften, was aufgrund der von der US-Regierung ergriffenen Maßnahmen einen Rückgang von 82,2 % gegenüber dem zuvor analysierten Zeitraum darstellt. Wären die geltenden Beschränkungen und Verbote aufgehoben worden, hätte der private Sektor zusätzliche Einnahmen in Höhe von etwa 14.400.000 Dollar erzielen können.

In der Altstadt von Havanna, also dem kolonialen Teil der Hauptstadt, begann das private Gewerbe ab 2016 aufgrund der Ankunft von Kreuzfahrtschiffen zu florieren: Es wurden Restaurants eröffnet, Verkaufsräume für kubanisches Kunsthandwerk, Kioske für kubanische Literatur, Kutschen- und Taxivermietungen und andere Dienstleistungen. Das Verbot von Kreuzfahrten war natürlich ein schwerer Schlag für diese Aktivitäten, von denen viele in mehreren Provinzen einfach eingestellt werden mussten.

Darüber hinaus hat die Unmöglichkeit, Nicht-Einwanderungsvisa direkt in Havanna zu erhalten, die Möglichkeiten kubanischer Unternehmer eingeschränkt, in die Vereinigten Staaten zu reisen, ihrem nächstgelegenen natürlichen Markt für die Beschaffung von Waren.

Aufgrund der Zwangsmaßnahmen, die die US-Regierung in den letzten Jahren gegen kubanische Finanzinstitute verhängt hat, weigern sich mehrere Online-Zahlungs- und E-Commerce-Plattformen wie *PayPal*, Dienstleistungen für diese Personen zu erbringen, unabhängig davon, ob sie aus dem öffentlichen oder privaten Sektor stammen, nur weil sie Kubaner sind. Privatunternehmer können keine Visa- oder MasterCard-Kreditkarten erhalten, die für Kubaner unabhängig von ihrem Aufenthaltsort verboten sind, sodass sie über kein sicheres Online-Zahlungsmittel verfügen, auch nicht über ein

Drittland. Daher nehmen Bankfilialen ihre Überweisungen nicht entgegen, und viele Kunden weigern sich, ihre Beziehungen zu kubanischen Privatunternehmen fortzusetzen.

Die Beschränkungen des Zugangs zum US-Markt verteuern und behindern häufig die Importe und Exporte privater Akteure. Das lokale Entwicklungsprojekt *Nuevo Golfito* im Stadtteil Alamar in Havanna ist ein Gemeinschaftsraum, der mit Minigolf und anderen Freizeitangeboten für die Bevölkerung, insbesondere für Kinder, konzipiert wurde. Angesichts der Stromausfälle, die durch die Schwierigkeiten aufgrund der Blockade verursacht werden, versucht der Gründer und Verwalter Roger Núñez Hernández, sich mit Solarzellen auszustatten, um diese zu umgehen. Er erklärt: *„Wir haben uns bemüht, Lösungen zu finden, um sie aus den USA und anderen näher gelegenen Märkten zu importieren, aber die Blockadebestimmungen schränken unseren Zugang ein. Wir müssen weiter entfernte Märkte erschließen, aber die hohen Frachtkosten verteuern diese Option zu sehr.“*

Yosvany García Cruz, Gründer des lokalen Entwicklungsprojekts *Remolques-YGC-Cuba*, das Anhänger, Motorräder und Fahrräder herstellt, erklärt:

„Obwohl wir unsere Anhänger, die bei den Nutzern sehr beliebt sind, aus recycelten Materialien herstellen, müssen wir dennoch auf neue Teile und Vorleistungen zurückgreifen. Wenn wir diese in den USA oder auf näher gelegenen Märkten kaufen könnten, könnten wir besser und mehr produzieren, aber aufgrund der durch die Blockade auferlegten Beschränkungen ist dies unmöglich.“

Die Blockade verstößt gegen das Völkerrecht. Extraterritoriale Anwendung

Die Blockade verstößt gegen das Völkerrecht. Sie widerspricht den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Sie stellt eine Verletzung des Rechts auf Frieden, Entwicklung, Selbstbestimmung und Souveränität des kubanischen Volkes und Staates dar.

Sie stellt in ihrem Wesen und ihren Zielen eine einseitige Aggression und eine permanente Bedrohung für die Stabilität des Landes dar. Sie verstößt gegen die Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, der souveränen Gleichheit, der Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Ländern und des freien Handels.

Die Blockade schadet nicht nur den Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten: Sie zielt darauf ab – und erreicht dies auch –, unsere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen weltweit zu behindern, wobei sie die souveränen Rechte anderer Länder und die Rechte ihrer Bürger missachtet. Diese finsternen Absichten haben seit der Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes Gesetzeskraft.

Um ausländische Investitionen in unserem Land zu verhindern, unsere internationalen Transaktionen zu verfolgen und den normalen Ablauf aller unserer Auslandsgeschäfte zu behindern, greift die US-Regierung über ihre Regulierungsbehörden auf eine Vielzahl von Instrumenten und Druckmitteln zurück.

Die Blockade ist ein Akt des Völkermords, eine flagrante, massive und systematische Verletzung der Menschenrechte des kubanischen Volkes. Es handelt sich um eine grausame Strafpolitik. Der vorliegende Bericht liefert Fakten und nützliche Daten, um diese schwere Ungerechtigkeit immer mehr anzuprangern.

Zusätzlich zu den bereits genannten Beispielen finden sich in Anhang 4 weitere Fälle der extraterritorialen Anwendung der Blockade zwischen März 2024 und Februar 2025.

Allgemeine Ablehnung der Blockade

Die internationale Bewegung, die sich für die Aufhebung der Blockade einsetzt, war im Berichtszeitraum sehr aktiv. Es wurden mehr als 2.000 öffentliche Veranstaltungen, Interventionen und Dokumente von internationalen Treffen registriert, die die Blockade, ihren ungerechten Charakter und ihre verheerenden Auswirkungen auf das kubanische Volk verurteilen, sowie mehr als 1.073 Erklärungen gegen die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, darunter 57 Regierungen, 107 politische Parteien, 600 Parlamentarier, die die Initiative der Progressiven Internationale unterzeichnet haben, sowie die Parlamente Russlands, Syriens, Namibias, Burundis und Jamaikas. Hinzu kommen 473 Stellungnahmen von Bewegungen, Vereinigungen oder Solidaritätsgruppen, 28 von internationalen Organisationen, darunter die oben genannten, 254 Medienberichte und 87 weitere Persönlichkeiten.

Darüber hinaus gab es in der US-amerikanischen Gesellschaft immer mehr Aufrufe zur Aufhebung der Blockade und gegen die willkürliche Einstufung Kubas als Terrorstaat. Gesetzgeber sowohl im Kongress in Washington als auch in den verschiedenen Bundesstaaten, Mitglieder aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Religion, Jugend und Solidaritätsbewegung haben verschiedene Initiativen gestartet, um Druck auf das Weiße Haus auszuüben.

Zahlreiche Regierungen und Persönlichkeiten, Experten der Vereinten Nationen, Solidaritätsbewegungen und Vereinigungen von im Ausland lebenden Kubanern, Parlamente und Staats- und Regierungschefs haben sich gegen die Blockade ausgesprochen.

Die Verurteilung der Blockade und ihres extraterritorialen Charakters wurde in die Abschlussdokumente des 19. Gipfeltreffens der Bewegung der blockfreien Staaten (NAM), des 3. Gipfeltreffens des Südens, des 38. Gipfeltreffens der Afrikanischen Union (Sonderresolution), des 8. Gipfeltreffens der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), des 23. Gipfeltreffens der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP), des Gemeinsamen Koordinierungsausschusses G77 und der Bewegung der blockfreien Staaten, der 47. Konferenz der Staatschefs der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) und der 48. Ministertagung der G77 und China sowie anderen hochrangigen Foren.

Im Juli 2024 forderten mehrere Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrats⁴ die US-Regierung auf, die Blockade aufzuheben und Kuba von der Liste der Staaten zu streichen, die Terrorismus unterstützen, und drängten sie, „alle ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, auch extraterritorial, vollständig zu erfüllen und rasch Maßnahmen zu ergreifen, um diese Maßnahmen zu beenden“, mit der Begründung, dass die erneute Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, eine Reihe zusätzlicher wirtschaftlicher und finanzieller Beschränkungen mit sich gebracht habe, die Auswirkungen hätten

⁴ Alena Douhan, Sonderberichterstatterin für die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Ausübung der Menschenrechte; Cecilia M. Bailliet, unabhängige Expertin für Menschenrechte und internationale Solidarität; und George Katrougalos, unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung.

die die Fähigkeit des Landes, die Bedürfnisse seiner Bevölkerung zu befriedigen, in einer kritischen Zeit, in der Kuba mit schweren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, zusätzlich beeinträchtigen.

Am 7. Februar 2025 forderten vier dieser Menschenrechtsexperten⁵ die US-Regierung auf, die Blockade gegen Kuba aufzuheben, und lehnten die erneute Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, durch die Trump-Regierung ab. Sie erinnerten daran, dass sie bereits Mitteilungen zu diesem Thema an die US-Regierung gerichtet hätten, ohne eine Antwort zu erhalten. Sie prangerten an, dass diese Entscheidung schwerwiegende Folgen für die Menschenrechte des kubanischen Volkes habe, den Handels- und Finanzbeziehungen des Landes schade und die Bemühungen der Nation behindere, die kumulierten Auswirkungen der Blockade, der Covid-19-Pandemie und der Naturkatastrophen zu bewältigen. Sie bezeichneten die Maßnahme als einseitigen Zwang, der mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht unvereinbar sei, als Verstoß gegen die Resolution der Vereinten Nationen, die den Einsatz internationaler Zwangsmaßnahmen für illegal erklärt, und forderten die Aufhebung der von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade⁽⁶⁾.

Am 18. Oktober 2024 legte Kuba seinen neunten periodischen Bericht vor dem Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vor, in dem die negativen Auswirkungen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade auf die Ausübung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in Kuba sowie die Schäden anerkannt wurden, die sich aus der ungerechtfertigten Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten ergeben, die den Terrorismus unterstützen.

Anhang 5 enthält eine Liste von Aktionen gegen die Blockade in der US-amerikanischen Gesellschaft und auf internationaler Ebene während des Berichtszeitraums.

Schlussfolgerungen

Die von der US-Regierung gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade ist eine einseitige, zwanghafte und extraterritoriale Politik, die gegen das Völkerrecht und die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verstößt. Sie untergräbt den Frieden, die Entwicklung und die Selbstbestimmung des kubanischen Volkes. Sie ist eine massive, flagrante und systematische Verletzung der Menschenrechte. Sie untergräbt die kubanische Wirtschaft und schadet direkt dem Wohlergehen der Bevölkerung. Sie unterscheidet nicht zwischen sozialen Sektoren und Wirtschaftsakteuren. Sie schränkt die verfassungsmäßigen Rechte der US-Bürger ein und verletzt die Souveränität anderer Staaten, indem sie ihnen extraterritoriale Sanktionen auferlegt.

Es ist inakzeptabel, unrechtmäßig und unmoralisch, dass ein Volk, , einer Zwangs- und Schädigungs-Politik ausgesetzt ist, die ihm wirtschaftliche Schäden in Höhe von über **170 677 200 000 Dollar** zu aktuellen Preisen und **2 103 897 000 000 Dollar** unter Berücksichtigung der Schwankungen des Dollar gegenüber Gold verursacht hat. Allein im März

⁵ Alena Douhan, Sonderberichterstatterin für die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Ausübung der Menschenrechte; Attiya Waris, unabhängige Expertin für die Untersuchung der Auswirkungen der Auslandsverschuldung und der damit verbundenen internationalen finanziellen Verpflichtungen der Staaten auf die Menschenrechte; George Katrougalos, unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung; Reem Alsalem, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

⁶ Siehe <https://www.ohchr.org/es/press-releases/2025/02/united-states-experts-dismayed-decision-reinstate-cuba-state-sponsor>

2024 bis Februar 2025 hat die Blockade Kuba Schäden in Höhe von schätzungsweise **7.556.100.000 Dollar**.

Die Zahlen und Beispiele, die in diesem Bericht aufgeführt sind, können in ihrer Kälte niemals wirklich die schädlichen Auswirkungen widerspiegeln, die die Blockade für das kubanische Volk hat. Dennoch setzt die US-Regierung diese grausame und illegale Politik unverändert fort. Mehr als sechzig Jahre später ist das Ziel dasselbe wie am ersten Tag: den Lebensstandard der Bevölkerung zu verschlechtern, Unzufriedenheit, Verzweiflung und Verärgerung zu schüren, um einen Aufstand auszulösen, der einen Wandel der vom kubanischen Volk frei gewählten Verfassungsordnung begünstigen würde.

Die US-Regierung verschließt weiterhin die Ohren vor dem fast einstimmigen Aufruf der internationalen Gemeinschaft, diese illegale und unmenschliche Politik aufzuheben, wie die 32 Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen in diesem Sinne belegen.

Die Forderung nach einer bedingungslosen Aufhebung der US-Blockade ist nahezu universell und eine gerechte Sache. Immer mehr Stimmen erheben sich an der Seite des kubanischen Volkes, um zu fordern, dass die US-Regierung ihre Blockade ein für alle Mal aufhebt, ihre Verfolgung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten und Beziehungen mit dem Rest der Welt einzustellen; die jährliche Bereitstellung von Millionen von Dollar zur Sabotage unserer inneren Ordnung und zur Finanzierung ihrer Desinformationskampagnen einzustellen; uns von ihrer illegalen und einseitigen Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, zu streichen.

Kuba ist jedoch trotz seiner Differenzen mit der US-Regierung weiterhin bereit, zivilisierte und respektvolle Beziehungen zu ihr aufzubauen. Es bleibt offen für den Dialog und die Zusammenarbeit mit allen Bereichen der US-Gesellschaft, die an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert sind.

Wie der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez im Dezember 2024 zum Abschluss der vierten ordentlichen Sitzung der Nationalversammlung der Volksmacht sagte: *„Ja, die Blockade existiert; ja, sie wurde verschärft; ja, wir sind mit einem Wirtschaftskrieg konfrontiert; ja, man verachtet uns; ja, man vergiftet uns in den sozialen Netzwerken auf vulgäre, obszöne und hasserfüllte Weise, aber wir können uns, und das ist das Wichtigste, auf ein heldenhaftes und würdiges Volk verlassen. Und wir werden immer siegen, solange dieser Heroismus, der in den Genen der Kubaner verankert ist, wächst und sich gegenüber allen Gegnern dank des wesentlichen und heiligen Faktors der Einheit um ein gemeinsames Ziel manifestiert: die Unabhängigkeit, die Souveränität und die soziale Gerechtigkeit zu bewahren.“*

Anhang 1: US-Gesetze und Vorschriften zur Blockade

- *Trading with the Enemy Act*, 1917 (TWEA, Gesetz über den Handel mit dem Feind): Gemäß Abschnitt 5(b) ist der Chef der Exekutive befugt, in Kriegszeiten oder in anderen nationalen Notfällen wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen und den Handel mit dem Feind oder Verbündeten des Feindes während militärischer Konflikte zu verbieten.
- *Foreign Assistance Act* (1961, Gesetz über Auslandshilfe): Gemäß diesem Gesetz wurde der US-Präsident ermächtigt, ein vollständiges „Embargo“ für den Handel mit Kuba zu verhängen und aufrechtzuerhalten und jegliche Hilfe für die kubanische Regierung zu verbieten. Die Mittel der US-Regierung für Auslandshilfe, die internationalen Organisationen zugewiesen werden, dürfen nicht für Programme verwendet werden, die Kuba betreffen. Die Gewährung jeglicher Hilfe gemäß diesem Gesetz oder jeglicher anderer Vorteile gemäß einem anderen Gesetz zugunsten Kubas ist verboten, solange der Präsident nicht festgestellt hat, dass Kuba die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um US-amerikanischen natürlichen oder juristischen Personen mindestens 50 % 100 % des Wertes der von der kubanischen Regierung nach dem Sieg der Revolution verstaatlichten Güter zurückzuzahlen oder eine angemessene Entschädigung zu leisten.
- *Präsidentialdekret 3447*: Mit dieser Entscheidung vom 3. Februar 1962 verhängte Präsident John F. Kennedy gemäß Abschnitt 62o (a) des Gesetzes über die Außenhilfe ein vollständiges „Embargo“ für den Handel zwischen den USA und Kuba.
- *Cuban Assets Control Regulations* (1963, Vorschriften zur Kontrolle kubanischer Vermögenswerte): Diese vom Finanzministerium erlassenen Vorschriften sehen unter anderem folgende Sanktionen vor: die Beschlagnahmung aller kubanischen Vermögenswerte in den USA; das Verbot aller Finanz- und Handelsgeschäfte ohne Genehmigung; das Verbot kubanischer Exporte in die USA; das Verbot für alle natürlichen oder juristischen Personen aus den USA oder Drittländern, Geschäfte mit Kuba in US-Dollar zu tätigen.
- *Export Administration Act von 1979* (Gesetz über die Exportkontrolle): Gemäß Abschnitt 2401 (b) (1) 5, „National Security Controls“, „Policy Toward Individual Countries“ ist der Präsident der USA befugt, Länder, für die im Interesse der nationalen Sicherheit besondere Ausfuhrkontrollen gelten können, in die „Control List of Goods“ aufzunehmen. Kuba ist darin aufgeführt.
- *Export Administration Regulations*, 1979 (*EAR*, Ausfuhrkontrollbestimmungen): Sie legen die Grundlagen für allgemeine Kontrollen von Gütern und Aktivitäten im Rahmen der von der US-Regierung verhängten Sanktionen fest und legen eine Politik der systematischen Verweigerung von Ausfuhren und Wiederausfuhren nach Kuba fest.
- Der *Cuban Democracy Act von 1992* („Gesetz für Demokratie in Kuba von 1992“) oder *Torricelli-Gesetz*: Verbietaet Tochtergesellschaften von US-Unternehmen in Drittländern den Handel mit Gütern mit Kuba oder

kubanischen Staatsangehörigen zu betreiben. Verbieta Handelschiffen aus Drittländern, die in Kuba angelegt haben, für 180 Tage in den Vereinigten Staaten anzulegen, es sei denn, sie erhalten eine Genehmigung vom Finanzminister.

- *Das Gesetz über Freiheit und demokratische Solidarität in Kuba (Libertad) von 1996* oder Helms-Burton-Gesetz: Dieses Gesetz kodifiziert die Bestimmungen der Blockade, erweitert deren extraterritorialen Geltungsbereich, ermöglicht die Verhängung von Sanktionen gegen Führungskräfte ausländischer Unternehmen, die Transaktionen mit in Kuba verstaatlichten US-Gütern tätigen, und droht ihnen mit der Vorladung vor US-Gerichte. Es hat die Befugnisse des Präsidenten zur Aussetzung dieser Politik eingeschränkt. Am 2. Mai 2019 gab eine US-Regierung erstmals bekannt, dass Anträge gemäß diesem Gesetz vor Gericht gestellt werden könnten.

- *Abschnitt 211 des Gesetzes über zusätzliche und dringende Mittelzuweisungen für das Haushaltsjahr 1999*: Nach diesem Gesetz ist es US-Gerichten untersagt, die Rechte kubanischer Unternehmen an Marken im Zusammenhang mit verstaatlichten Gütern anzuerkennen.

- *The Trade Sanction Reform and Export Enhancement Act (2000, Gesetz zur Reform der Handelssanktionen und zur Förderung der Exporte)*: Gemäß diesem Gesetz wurde die Ausfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Kuba genehmigt, jedoch unter der Bedingung, dass Kuba im Voraus in bar bezahlt und keine Kredite aus den USA gewährt werden. US-Bürger dürfen nicht als Touristen nach Kuba reisen, wobei „touristische Aktivitäten“ als alle Aktivitäten im Zusammenhang mit Reisen nach, von oder innerhalb Kubas definiert sind, die nicht ausdrücklich gemäß Abschnitt 515.560 von Titel 31 des Code of Federal Regulations (Bundesgesetzbuch) genehmigt sind, d. h. genehmigte Reisen betreffen nur zwölf Personengruppen.

Anhang 2: Von der US-Regierung beschlossene Blockademaßnahmen (März 2024–Februar 2025)

15. März 2024: *Das OFAC* verhängt eine Geldstrafe in Höhe von 3.740.442 Dollar gegen die Bank *EFG International AG* wegen Verstoßes gegen die Vorschriften zur Kontrolle kubanischer Vermögenswerte und anderer Sanktionsprogramme.

23. März 2024: Präsident Biden unterzeichnet einen Gesetzentwurf über die Zuweisungen für das Haushaltsjahr 2024, der 25 Millionen Dollar für illegale Radio- und Fernsehsendungen nach Kuba und ebenso viel für Programme zur angeblichen Unterstützung der Demokratie bereitstellt und festlegt, dass diese Mittel nicht zur Förderung von Geschäften, Wirtschaftsreformen, private Initiativen oder andere Aktivitäten in Kuba verwendet werden dürfen, die nicht durch das Helms-Burton- und das Torricelli-Gesetz genehmigt sind.

9. September 2024: *Das OFAC* erlässt eine endgültige Vorschrift (CFR Part 501), die den Zeitraum (von fünf auf zehn Jahre) verdoppelt, in dem Personen, die der US-Gerichtsbarkeit unterliegen und in Kuba genehmigte Dienstleistungen erbringen, ihre Aufzeichnungen und Unterlagen aufbewahren müssen.

13. September 2024: Präsident Biden verlängert die Beschränkungen der Blockade gegen Kuba gemäß dem Gesetz über den Handel mit dem Feind um ein Jahr.

27. September 2024: Präsident Biden übermittelt dem Außenminister eine Präsidentschaftsentscheidung zur Vorlage im Kongress, in der er den US-Exekutivdirektoren jeder multilateralen Entwicklungsbank und des Internationalen Währungsfonds empfiehlt, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die betreffende Institution Kuba keine Kredite oder sonstige Finanzmittel gewährt.

2. Dezember 2024: Präsident Biden unterzeichnet den von beiden Kammern und beiden Parteien eingebrachten Gesetzentwurf.

„*No Stolen Trademarks Honored in America Act of 2023*“ (Gesetz gegen die Verwendung gestohlener Markenzeichen in Amerika von 2023), wodurch es zu einem Gesetz wird, das in die bereits bestehenden Blockademaßnahmen integriert ist.

13. Dezember 2024: Das OFAC gibt bekannt, dass das Transport- und Logistikunternehmen *C. H. Robinson International Inc.* sich bereit erklärt, eine Geldstrafe in Höhe von 257.690 Dollar zu zahlen, weil es wiederholt Produkte in den Iran und nach Kuba transportiert und damit gegen die Sanktionsprogramme der Vereinigten Staaten gegen diese beiden Länder verstoßen hat.

20. Januar 2025: Gleich am ersten Tag seines Amtsantritts im Weißen Haus unterzeichnet Präsident Trump die Durchführungsverordnung „*Initial Rescissions of Harmful Executive Orders and Actions*“, die einen Großteil der sechs Tage zuvor von Biden beschlossenen Maßnahmen gegen Kuba aufhebt und unter anderem die Liste der kubanischen Einrichtungen, gegen die Restriktionen verhängt wurden, wieder in Kraft setzt.

31. Januar 2025: Das Außenministerium kündigt die Wiedereinsetzung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes an.

5. Februar 2025: Das Außenministerium veröffentlicht die neue Liste der kubanischen Einrichtungen, die Beschränkungen unterliegen, zu denen nun auch *Orbit S. A.* gehört, ein kubanisches Unternehmen, das für den Versand von Familienüberweisungen (*remesas*) zuständig ist.

21. Februar 2025: Das Weiße Haus veröffentlicht das *America First Investment Policy Memorandum*, das darauf abzielt, Investitionen von verbündeten Ländern zu erleichtern und die Möglichkeiten Chinas und anderer Länder, die als „ausländische Gegner“ gelten, in diesem Bereich einzuschränken; Kuba gehört zu letzteren, was seinen Zugang zu US-amerikanischer Technologie, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz, einschränkt.

25. Februar 2025: Der Außenminister kündigt die Ausweitung der Visabeschränkungen auf Personen an, die „kubanische Arbeitskräfte ausbeuten“. Damit soll in erster Linie die medizinische Zusammenarbeit Kubas mit zahlreichen Ländern weltweit unterbunden und somit die damit verbundenen Einnahmen gekürzt werden, um die begünstigten Länder unter Druck zu setzen, diese Zusammenarbeit zu beenden. Diese Maßnahme beinhaltet die Verweigerung von Einreisevisa für die USA nicht nur für aktuelle oder ehemalige kubanische Beamte, die mit dieser Zusammenarbeit zu tun hatten, sondern auch für Beamte und Familien ausländischer Regierungen, die sich in derselben Situation befinden, d. h. nach dem Vorwand der USA vom „Programm zum Export kubanischer Arbeitskräfte“ betroffen sind, darunter auch kubanische medizinische Missionen im Ausland.

März 2025: Die Trump-Regierung hebt das humanitäre Einreiseprogramm (CHNV-Programm) für Kubaner, Haitianer, Venezolaner und Nicaraguaner auf und führt CBP-One ein.

19. März 2025: Die Trump-Regierung setzt Kuba auf die Liste der Länder, die in ihren Häfen keine „wirksamen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung“ durchführen, wodurch die US-Küstenwache berechtigt ist, Einreisebedingungen für Schiffe aus Kuba festzulegen.

30. Juni 2025: Die Trump-Regierung reaktiviert das während ihrer ersten Amtszeit erlassene Präsidialmemorandum Nr. 5 und bekräftigt damit ihre Politik des „maximalen wirtschaftlichen Drucks“ als kriminelles und illegales Instrument gegenüber Kuba bekräftigt, um ihre hegemonialen Ziele zu erreichen, darunter das oberste Ziel der „Systemwechsel“ auf der Insel. Dieses Memorandum ergänzt die bisherigen wirtschaftlichen und politischen Zwangsmaßnahmen und bietet eine Plattform zur Verbesserung der entsprechenden Mechanismen sowohl gegen Kuba als auch gegen Drittländer, die mit Kuba in Verbindung stehen.

Anhang 3: Befugnisse des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Änderung der Anwendung der Blockade

Der Präsident der Vereinigten Staaten verfügt über Exekutivbefugnisse zur Änderung des Blockadegerüsts, insbesondere durch die Änderung von Vorschriften des Finanzministeriums und des Handelsministeriums. So kann er:

- Kuba von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, streichen, die vom Außenministerium erstellt wird.
- die Politik der finanziellen Verfolgung Kubas, einschließlich derjenigen bezüglich der Treibstoffversorgung, aufzuheben.
- Die Umsetzung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes aussetzen, der die Einreichung von Klagen vor US-Gerichten gegen Unternehmen aus Drittländern ermöglicht.
- Die Grenze von 10 % für US-amerikanische Komponenten ändern, ab der Kuba keine Waren aus anderen Ländern importieren darf.
- Das Außen- und das Finanzministerium anzuweisen, kubanische Rechtsträger von anderen einseitigen Listen zu streichen, darunter die Liste der kubanischen Rechtsträger, gegen die Beschränkungen verhängt wurden, die Liste der verbotenen Unterkünfte und die Liste der besonders betroffenen Staatsangehörigen.
- Weisung an die Vertreter der USA bei internationalen Finanzinstitutionen, die Gewährung von Krediten und Finanzhilfen an Kuba nicht zu blockieren.
- Kubanischen Rechtsträgern, darunter Banken und Unternehmen, die Eröffnung von Konten bei Korrespondenzbanken in den Vereinigten Staaten zu gestatten.
- Den Export von US-Produkten in Schlüsselbereichen der Wirtschaft, darunter Bergbau, Tourismus und Biotechnologie, nach Kuba zu genehmigen.
- Die Einfuhr aller Waren in die Vereinigten Staaten zu genehmigen, die aus in Kuba von staatlichen Unternehmen angebauten, hergestellten oder verarbeiteten Produkten hergestellt wurden oder daraus gewonnen wurden (Nickel, Zucker, Tabak, Rum und andere).
- Die Ausfuhr von medizinischen Hilfsstoffen und Geräten für die Herstellung biotechnologischer Produkte nach Kuba zuzulassen.

- Lockerung der Politik zur Erteilung von Genehmigungen für Investitionen US-amerikanischer Unternehmen in Kuba.
- US-Bürgern die medizinische Behandlung in Kuba zu gestatten.
- Erlaubnis umfassenderer Kooperationsmodalitäten für die Entwicklung, den Verkauf und die Lieferung von Medikamenten und biomedizinischen Produkten kubanischer Herkunft, beispielsweise durch Direktinvestitionen von US-Unternehmen und gemischten Gesellschaften.
- Den Verkauf von Rohstoffen zu ermöglichen, die Kuba zur Herstellung von Medikamenten für die Bevölkerung Kubas und anderer Entwicklungsländer benötigt.
- Erlauben Sie US-Tochtergesellschaften, Geschäfte mit Kuba zu tätigen, die nicht mit dem Import und Export von Waren nach Kuba verbunden sind (verboten durch das Torricelli-Gesetz).

Anhang 4: Einige Fälle der extraterritorialen Anwendung der Blockade (März 2024–Februar 2025)

März 2024: Das OFAC verweigert Kuba die Möglichkeit, anlässlich der internationalen Ausstellung Osaka-2025 ein Bankkonto in Japan zu eröffnen, was unsere Kosten erhöht und unsere Hilfe behindert.

15. März 2024: Das OFAC verhängt eine Geldstrafe in Höhe von 3 740 442 Dollar gegen die Bank *EFG International A.G.* in der Schweiz wegen Verstoßes gegen die Vorschriften zur Kontrolle kubanischer Vermögenswerte und anderer Sanktionsprogramme.

15. April 2024: Das argentinische Unternehmen *YPF* gibt bekannt, dass es *Cubana de Aviación* aufgrund des Risikos von US-Sanktionen nicht mehr mit Treibstoff beliefern kann.

Anfang Juni 2024: Das Hotel Courtyard der *Marriot*-Kette weigert sich aufgrund der Beschränkungen der US-Blockade, Zimmer für die kubanische Delegation zu reservieren, die an der Konferenz der kleinen Inselstaaten in Antigua und Barbuda teilnehmen soll.

12. Juni 2024: Die französische Bank *Société Générale* im Senegal sperrt das Konto der kubanischen Botschaft in Dakar mit der Begründung, dass die Blockadebestimmungen und die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, dies erfordern.

August 2024: Das Unternehmen *Presencia Latinoamericana S. A.*, das sich auf die Förderung und den Verkauf kubanischer Kulturgüter und -dienstleistungen in Mexiko spezialisiert hat, gibt bekannt, dass es seit seiner Aufnahme in die Liste der kubanischen Unternehmen, gegen die Restriktionen verhängt wurden, mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. So *hat* die Bank *BBVA* ihr Konto mit der Begründung gesperrt, dass die Bestimmungen der US-Blockade ihr Transaktionen mit Kuba untersagen.

30. September 2024: Die honduranische Gesundheitsministerin Carla Paredes kann trotz ihres spanischen Passes nicht mehr vom ESTA-System (Befreiung von der Einreisevisumpflicht für die USA) profitieren, weil sie nach Kuba gereist ist.

3. Oktober 2024: Die kubanische Botschaft teilt mit, dass die *Nationalbank von Dominica* eine Spende an Kuba nicht ausführen konnte, weil die zwischengeschaltete Bank, die *American Bank*, die Transaktion ablehnt.

29. November 2024: Die mexikanische Bank *INBURSA* sperrt das Konto des kubanischen Unternehmens *Taino Tours* „im Interesse der Institution“, womit sie auf die Drohungen der Blockade anspielt.

13. Dezember 2024: Das OFAC gibt bekannt, dass *C. H. Robinson Internacional Inc. (CHR)* zur Vermeidung eines Zivilprozesses bereit ist, eine Geldstrafe in Höhe von 257.690 Dollar für 82 Verstöße gegen die Sanktionen gegen den Iran und Kuba durch fünf seiner Tochtergesellschaften im Ausland (Makler- und Transportdienstleistungen) zu zahlen.

Januar 2025: Die belgische Bank *KBC*, deren finanzielle Beziehungen zur kubanischen Botschaft bis ins Jahr 1991 zurückreichen, weigert sich, ihren Mitarbeitern Kreditkarten auszustellen, und beruft sich dabei auf nationale Rechtsvorschriften und interne Richtlinien zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, was den Maßnahmen der neuen Trump-Regierung gegen Kuba entspricht.

April 2025: Die Fluggesellschaft *AirSerbia* streicht ihre Flüge nach Kuba aufgrund der extraterritorialen Auswirkungen der Blockade.

Juni 2025: Die Internetplattform *Stripe* teilt den Koordinatoren der Solidaritätskampagne mit Kuba „Von Australien nach Kuba mit Liebe“ (Spendenaktion für kubanische Krankenhäuser und verschiedene andere Projekte) mit, dass sie ihr Konto als „Risikogebiet“ gekündigt hat.

Anhang 5: Denunziationen des Blocks (März 2024–Mai 2025)

Denunziationen in den USA:

2. April 2024: Eine Koalition von mehr als hundert politischen, religiösen und Bürgerrechtler aus Maryland richtet einen Brief an Ben Cardin, Senator und Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats, in dem sie die Aufhebung der Blockade fordern, die die Hauptursache für die schrecklichen humanitären und wirtschaftlichen Bedingungen in Kuba ist.

29. April 2024: Jeffrey Sachs, bekannter Ökonom, Professor an der Columbia University und Politikwissenschaftler, fordert in seiner Rede auf der von der Progressiven Internationale in Havanna organisierten Konferenz über die neue internationale Wirtschaftsordnung die Aufhebung der Blockade und das Ende der feindseligen Politik des Weißen Hauses gegenüber Kuba.

Anfang Mai 2024: Die 17. Brigade¹-Mai, die anlässlich des Tags der Arbeit Kuba besucht, fordert die Aufhebung der Wirtschaftsblockade und das Ende der feindseligen Politik der US-Regierung.

6. Mai 2024: Die *Alliance for Cuba Engagement and Respect (ACERE)* aus Washington koordiniert die Übermittlung eines Briefes an Joseph Biden, in dem sie ihn auffordert, seine Wahlversprechen in Bezug auf Kuba einzuhalten, die Blockade zu beenden und Kuba von der Liste der Staaten zu streichen, die den Terrorismus unterstützen. Zu den Unterzeichnern gehören Kubano-Amerikaner, ehemalige Beamte (auf nationaler, bundesstaatlicher und lokaler Ebene), Wissenschaftler, Geschäftsleute, Führungskräfte und Investoren, Rechtsanwälte, Ärzte, Wissenschaftler, Pädagogen, Künstler, Musiker und Filmemacher.

21. Mai 2024: In einer Rede vor dem Kongress fordert der Abgeordnete Jim McGovern die Biden-Regierung auf, Kuba von der Liste der

, die den Terrorismus unterstützen, von der Liste zu streichen, deren Auswirkungen das Leiden des kubanischen Volkes verschlimmern und die Migrationsströme verstärken.

5. Juni 2024: Die Abgeordneten Pramila Jayapal (Washington), Ilhan Omar (Minnesota) und Nydia Velázquez (New York) fordern Biden öffentlich auf, Kuba von der Liste der Staaten zu streichen, die Terrorismus unterstützen.

6. Juni 2024: Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten verabschiedet auf ihrem 32. Kongress eine Resolution, in der sie die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, und die Aufhebung der Blockade fordert.

17. Juni 2024: Die Koalition *CubaSí* aus New York und New Jersey fordert die Biden-Regierung auf, Kuba von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, zu streichen und die Blockade aufzuheben.

18. Juni 2024: Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der South Pacific Seafarers' Union, Kalifornien, der Marineabteilung der *International Longshore and Warehouse Union* (ILWU, Internationale Hafentarbeitergewerkschaft), nimmt in das Abschlussdokument seines 39. Internationalen Kongresses die Resolution „Lieferung von Herzschrittmachern nach Kuba und Aufhebung des Embargos“ und fordert die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen.

5. Juli 2024: Das internationale Komitee der Vereinigung *Democratic Socialists of America* (DSA) verschickt über seine Plattform Activa Network 760 Briefe an US-Senatoren, in denen es sich für die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, ausspricht.

25. Juli 2024: Die Grupo de Trabajo sobre América Latina, das *Washington Office for Latin America* (WOLA), die *Alliance for Cuba Engagement and Respect* (ACERE) und das *Center for Economic and Policy Research* (CEPR) richten einen Brief an Biden, in dem sie die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, fordern.

27. Juli 2024: Max Lesnick, Direktor von Radio Miami Today, und Carlos Lazo, Koordinator der Bewegung Puentes de Amor, fordern bei einer Kundgebung am Flughafen von Miami die Aufhebung der Blockade und die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen.

31. Juli 2024: 46 demokratische Abgeordnete richten einen Brief an Biden, um die Friedensverhandlungen in Kolumbien zu unterstützen und die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, zu fordern.

12. August 2024: 40 juristische Organisationen und 200 Anwälte richten einen Brief an Biden, in dem sie die Aufhebung der US-Sanktionen gegen andere Länder fordern, insbesondere die Aufhebung der Blockade gegen Kuba.

19. November 2024: Auf Initiative der Demokraten Barbara Lee und James McGovern richten 18 Gesetzgeber einen Brief an Biden, in dem sie die Notwendigkeit argumentieren, die Zwangsmaßnahmen gegen Kuba zu reduzieren, das Land von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, zu streichen, technische Hilfe und humanitäre Soforthilfe anzubieten und Mittel zur Modernisierung und Reparatur der kubanischen Energieinfrastruktur bereitzustellen.

17. Dezember 2024: Die Senatoren Peter Welch, Jeffrey A. Merkley, Bernard Sanders, Ron Wyden und Chris Van Hollen richten einen Brief an Biden, in dem sie

ihn auffordern, Kuba von der Liste der Staaten zu streichen, die Terrorismus unterstützen, das Recht der US-Bürger auf freie Reisen nach Kuba wiederherzustellen und die „Kuba-Verbotslisten“ aus der Trump-Ära zu beenden.

17. Dezember 2024: Vicki Huddleston, ehemalige Missionschefin in Havanna, und Ben Rhodes, ehemaliger stellvertretender nationaler Sicherheitsberater, richten einen Brief an Biden, um ihn am Ende seiner Amtszeit zu drängen, Kuba von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, zu streichen, die humanitäre Hilfe zu erhöhen und die Vorschriften für den Zugang kubanischer Bürger zum US-Finanzsystem zu lockern.

25. Januar 2025: Senator Peter Welch lehnt die erneute Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, durch Trump ab.

Internationale Verurteilungen:

15. Juni 2024: Der Gemeinsame Koordinierungsausschuss der NAM-G77 verabschiedet eine Erklärung, in der die Aufhebung der Blockade und die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, gefordert wird.

19. Juni 2024: Die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen verabschiedet in New York ein Sonderkommuniqué, in dem sie die Blockade verurteilt und die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, fordert.

27. Juni 2024: Auf der 56. Sitzung des Menschenrechtsrats fordern 123 Länder in einer Erklärung, dass Kuba von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, gestrichen wird.

30. Juli 2024: Auf ihrer 47. Konferenz in Grenada verurteilen die Staats- und Regierungschefs der CARICOM die Blockade und die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen.

27. September 2024: Auf ihrem 48. Ministertreffen in New York verabschieden die G-77 und China eine Erklärung, in der sie die Aufhebung der Blockade und erstmals die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, fordern.

24.-30. September 2024: Während der Generaldebatte der 69. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilen 46 Länder in ihren Beiträgen die Blockade gegen Kuba, 23 von ihnen fordern außerdem die Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen.

30. Oktober 2024: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet mit 187 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung die Resolution *„Notwendigkeit der Aufhebung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Blockade“*. Während der Debatte vor der Abstimmung sprechen sich 54 Redner für die Aufhebung der Blockade aus, darunter 34, die die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, verurteilen. An diesen beiden Verurteilungen beteiligen sich neun politische Konsultativgruppen sowie regionale und subregionale Organisationen: der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), die Organisation für Islamische Zusammenarbeit, die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), die Gruppe der 77 und China, die Karibische Gemeinschaft (CARICOM), die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen (GADC), die Bewegung der blockfreien Staaten, die Afrikanische Gruppe und die Europäische Union (EU).

14. Dezember 2024: Auf ihrem vierundzwanzigsten Gipfeltreffen verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der ALBA-TCP eine Erklärung, in der sie die Blockade verurteilen und die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, anprangern.

15. Februar 2025: Auf ihrem 38. Gipfeltreffen in Addis Abeba (Äthiopien) verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union (AU) zum 16. Mal in Folge eine Resolution zur Aufhebung der Blockade Kubas durch die Vereinigten Staaten und zur Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen.

März 2025: Die Länder der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen geben vor dem Menschenrechtsrat eine Erklärung ab, in der sie die erneute Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen, kategorisch verurteilen.